

ZUKUNFT DES SPORTS IN LÄNDLICHEN RÄUMEN



**Dokumentation des 25. Symposiums
zur nachhaltigen Entwicklung des Sports**

vom 6. – 7. Dezember 2018 in Bodenheim/Rhein

Schriftenreihe „Sport und Umwelt“ des Deutschen Olympischen Sportbundes

Als Druckerzeugnis lieferbar:

- Heft 19:** Sport und Klimaschutz. Dokumentation des 8. Symposiums zur ökologischen Zukunft des Sports vom 05.–06. Oktober 2000 in Bodenheim/Rhein, 2001
- Heft 20:** Umweltkommunikation im Sport. Dokumentation des 9. Symposiums zur ökologischen Zukunft des Sports vom 06.–07. Dezember 2001 in Bodenheim/Rhein, 2002
- Heft 21:** Sport und Tourismus Dokumentation des 10. Symposiums zur nachhaltigen Entwicklung des Sports vom 28.–29. November 2002 in Bodenheim/Rhein, 2003
- Heft 22:** Großveranstaltungen im Sport. Dokumentation des 11. Symposiums zur nachhaltigen Entwicklung des Sports vom 27.–28. November 2003 in Bodenheim/Rhein, 2004
- Heft 23:** Sport findet Stadt. Dokumentation des 12. Symposiums zur nachhaltigen Entwicklung des Sports vom 09.–10. Dezember 2004 in Bodenheim/Rhein, 2005
- Heft 24:** Umwelt-Qualitätsstandards im Sport. Dokumentation des 13. Symposiums zur nachhaltigen Entwicklung des Sports vom 08.–09. Dezember 2005 in Bodenheim/Rhein, 2006
- Heft 25:** Umweltbildung im Sport. Dokumentation des 14. Symposiums zur nachhaltigen Entwicklung des Sports vom 07.–08. Dezember 2006 in Bodenheim/Rhein, 2007
- Heft 26:** Klima- und Ressourcenschutz im Sport. Dokumentation des 15. Symposiums zur nachhaltigen Entwicklung des Sports vom 13.–14. Dezember 2007 in Bodenheim/Rhein, 2008
- Heft 27:** Sport und Biodiversität. Dokumentation des 16. Symposiums zur nachhaltigen Entwicklung des Sports vom 11.–12. Dezember 2008 in Bodenheim/Rhein, 2009
- Heft 29:** Kooperation Sport und Umwelt. Projektdokumentation, 2010
- Heft 30:** Nachhaltige Sportgroßveranstaltungen. Dokumentation des 18. Symposiums zur nachhaltigen Entwicklung des Sports vom 09.–10. Dezember 2010 in Bodenheim/Rhein, 2011
- Heft 31:** Nachhaltigkeitsstrategien von Sportverbänden. Dokumentation des 19. Symposiums zur nachhaltigen Entwicklung des Sports vom 24.–25. November 2011 in Bodenheim/Rhein, 2012
- Heft 32:** Bodenheim +20 – Perspektiven nachhaltiger Sportentwicklung. Dokumentation des 20. Symposiums zur nachhaltigen Entwicklung des Sports vom 29.–30. November 2012 in Bodenheim/Rhein, 2013
- Heft 33:** Nachhaltige Mobilität im Sport. Dokumentation des 21. Symposiums zur nachhaltigen Entwicklung des Sports vom 12.–13. Dezember 2013 in Bodenheim/Rhein, 2014
- Heft 34:** Stakeholder-Dialoge im Sport. Dokumentation des 22. Symposiums zur nachhaltigen Entwicklung des Sports vom 10.–11. Dezember 2015 in Bodenheim/Rhein, 2016
- Heft 35:** Nachhaltigkeitskommunikation 2.0 im Sport. Dokumentation des 23. Symposiums zur nachhaltigen Entwicklung des Sports vom 07.–08. Dezember 2016 in Bodenheim/Rhein, 2017
- Heft 36:** Kein Platz (mehr) für den Sport? – Perspektiven des Sports in der Stadt. Dokumentation des 24. Symposiums zur nachhaltigen Entwicklung des Sports vom 14.–15. Dezember 2017 in Bodenheim/Rhein, 2018
- Heft 37:** **Zukunft des Sports in ländlichen Räumen. Dokumentation des 25. Symposiums zur nachhaltigen Entwicklung des Sports vom 06.–07. Dezember 2018 in Bodenheim/Rhein, 2019**

www.dosb.de

www.sportdeutschland.de

[/sportdeutschland](https://www.facebook.com/sportdeutschland)

[/TeamDeutschlandde](https://www.facebook.com/TeamDeutschlandde)

[@TrimmyDOSB](https://twitter.com/TrimmyDOSB)

[@DOSB](https://twitter.com/DOSB)

Gefördert durch den
Deutschen Fußball-Bund



**DEUTSCHER
FUSSBALL-BUND**

INHALTS- VERZEICHNIS

Zukunft des Sports in ländlichen Räumen	
<i>Hans-Joachim Neuerburg und Thomas Wilken</i>	4
Zwischen Wachstum und Schrumpfung – Ländliche Räume in Deutschland	
<i>Michael Zarth</i>	7
Situation des Sports in ländlichen Räumen: Beispiel Hessen	
<i>Jens Prüller</i>	15
Situation des Sports in ländlichen Räumen: Beispiel Sachsen-Anhalt	
<i>Robert Bothe</i>	18
Zukunft der Sportinfrastruktur in ländlichen Räumen	
<i>Uwe Lübking</i>	19
Zukunft der Sportvereine in ländlichen Räumen	
<i>Lutz Thieme</i>	23
Sportentwicklungsplanung in ländlichen Räumen	
<i>Jörg Wetterich</i>	29
Perspektiven des Sports in ländlichen Räumen – Strategien und Handlungsansätze	
<i>Christian Siegel</i>	40
Teilnehmer*innen	42

ZUKUNFT DES SPORTS IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

Hans-Joachim Neuerburg und Thomas Wilken

Einleitung

Ländliche Räume sind Wohn- und Lebensumfeld für viele Menschen in Deutschland. Neben ihrem großen Beitrag zur land- und forstwirtschaftlichen Produktion dienen sie als Standort vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen sowie als Freizeit- und Erholungsort auch für Menschen aus urbanen Räumen. Nicht zuletzt erfüllen sie wichtige ökologische Ausgleichfunktionen für Agglomerationsräume.

Ländliche Räume lassen sich durch folgende Kriterien abgrenzen (BMEL, 2016, 6):

- Geringere Bevölkerungs- und Siedlungsdichte
- Eine durch hohe Anteile landwirtschaftlich genutzter Flächen, Wälder und Gewässer geprägte Landnutzung
- Vorherrschend niedriggeschossige und aufgelockerte Bebauung
- Eine höhere Entfernung zu Oberzentren

Bei allen Gemeinsamkeiten weisen ländliche Räume auch beträchtliche Unterschiede auf. Neben Regionen und Orten, die wirtschaftlich prosperieren, attraktive Arbeitsplätze sowie eine gute Grundversorgung und akzeptable Anbindung an die Zentren bieten und deshalb von Zuzug oder weitgehend stabiler Bevölkerung geprägt sind, gibt es Orte und Regionen, die durch Abwanderung und Alterung der Bevölkerung, mangelnde Arbeitsplätze, Leerstand, Defizite der Grundversorgung und angespannte Kommunalfinanzen gekennzeichnet sind. Letzteres gilt insbesondere für zahlreiche ostdeutsche Regionen, aber auch für manche periphere Regionen in den alten Bundesländern.

Laut der Studie „Deutschlands Regionen im Vergleich“ des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) besteht in 19 (11 davon in Ostdeutschland) von insgesamt 96 Gebieten akuter Handlungsbedarf. Neben der mangelhaften ärztlichen Versorgung fehle es vielerorts sowohl an Einkaufsmöglichkeiten als auch an einer ausreichenden Anbin-

dung des öffentlichen Nahverkehrs. Besonders betroffen davon sei der ländliche Raum. Das IW kommt in einem 20-Jahres-Vergleich zu dem Ergebnis, dass heute zahlreiche Ortschaften über keinerlei Infrastruktur zur Daseinsvorsorge mehr verfügten (vgl. Hüther, M. et al, 2019).

Diese Umstände haben dazu geführt, dass die Situation und Perspektiven ländlicher Räume verstärkt in das Bewusstsein von Öffentlichkeit und Politik geraten sind. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen.

Attraktive ländliche Räume sollen als eigenständige Lebens-, Wirtschafts-, Erholungs- und Naturräume gestärkt und die Versorgung und Lebensqualität der Menschen gesichert werden. Dabei orientiert sie sich am Konzept der Nachhaltigkeit: Es geht perspektivisch um zukunftsfähige Formen des Wirtschaftens und Zusammenlebens und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen den Regionen unter besonderer Berücksichtigung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Verantwortung gegenüber gegenwärtigen und künftigen Generationen.

Unter Leitung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft hat ein – seit 2015 mit der Koordination beauftragter – Arbeitsstab drei Schwerpunkte zur Entwicklung der ländlichen Räume festgelegt. Dabei sind erstens Fragen zur Nahversorgung und Innenentwicklung unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung mit den sich daraus ergebenden Herausforderungen für die Ausgestaltung von Maßnahmen der Gesundheit und Pflege zu berücksichtigen. Zweitens stehen die Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsbelange im Hinblick auf Infrastrukturen, Qualifizierungen und die darauf abgestimmten Förderinstrumente sowie drittens die besondere Bedeutung ländlicher Räume bezüglich Umwelt(-qualität), Kulturlandschaft, Freizeit und Erholung im Fokus.

Erstmals wird im Rahmen dieser Zielsetzungen auch ein umfassendes bundesweites Monitoring der Situation und Entwicklung der ländlichen Räume erarbeitet. Dabei sind drei Handlungsfelder von zentraler Bedeutung:

- Infrastruktur, Daseinsvorsorge, Digitalisierung und verstärkte interkommunale Zusammenarbeit
- Ausgestaltung der regionalen Wirtschaftsstrukturen und die damit einhergehende Sicherung des Fachkräftebedarfs, Angebote zur Aus- und Weiterbildung sowie die Stärkung von Innovation
- Orientierung an den Zielen einer Politik der Nachhaltigkeit: Schutz von Freiflächen und natürlichen Ressourcen, der biologische Vielfalt und des Klimas sowie die Bewahrung der ländlichen Räume als Kultur- und Naturlandschaften mit ihrer besonderen Bedeutung für Freizeit und Erholung (vgl. ebd., 9).

Sport im ländlichen Raum – Herausforderungen und Perspektiven

Die oben genannten Aspekte berühren grundsätzlich auch Fragen der künftigen Sportentwicklung in ländlichen Räumen. Die Förderung des Sports ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Da das Engagement des Bundes auf den Spitzensport und herausragende gesamtstaatlich repräsentative Aktivitäten im Breitensport beschränkt ist, liegt die Zuständigkeit hierfür bei den Bundesländern und Kommunen.

Seinem Selbstverständnis als Anwalt des Sports folgend, ist der organisierte Sport gefordert, in enger Partnerschaft mit Ländern und Kommunen eigene Initiativen zu ergreifen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Sport- und Bewegungsangeboten nachhaltig zu sichern.

Der Bund beteiligt sich insbesondere über die ausgeweitete steuerliche Förderung des Ehrenamtes sowie durch spezielle Förderprogramme an der Sicherung kultureller und sportlicher Initiativen und am Übungsbetrieb des Breitensports. Beispielhaft sei an dieser Stelle das Bundesprogramm „Kultur macht stark“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zur Förderung von Maßnahmen der kulturellen Bildung für benachteiligte Kinder und Jugendliche genannt. Mit rund 3.500 geförderten kulturellen Bildungsangeboten ist gut ein Viertel in ländlichen Räumen verortet. Im Rahmen dieser Förderung hat unter anderem die Deutsche Sportjugend (dsj) mit dem Programm „Sport: Bündnisse! Bewegung – Bildung – Teilhabe“ außerschulische Projekte für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche gefördert.

Der organisierte Sport hat darüber hinaus zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um auf die (infra-)strukturellen und personellen Herausforderungen in den ländlichen Räumen zu reagieren. Dazu gehören u.a. die Sportentwicklungsplanung, die Kooperationen von Schulen und Sportvereinen sowie die Entwicklung von neuen Formen ehrenamtlichen Engagements. Die nachfolgenden Beiträge liefern weitere Beispiele und zeigen mögliche Perspektiven auf.

Nach einer kurzen Einführung in das Tagungsthema verweist Michael Zarth in seinem Beitrag darauf, dass ländliche Räume keinen homogenen Raumtyp darstellen – sondern vielfältige Unterschiede offenbaren – und aus dem Zusammenspiel von demografischer und wirtschaftlicher Entwicklung zahlreiche Herausforderungen für den Sport resultieren. Seine Ausführungen geben einen Überblick über zentrale Entwicklungstrends ländlicher Räume und thematisie-



ren grundlegende Empfehlungen für die nachhaltige Förderung von Sport und Bewegung.

Am Beispiel von Hessen und Sachsen-Anhalt geben Jens Prüller und Robert Bothe jeweils einen kurzen Einblick in den Stand der aktuellen Entwicklung des Sports im ländlichen Raum. Prüller verweist in seiner Bilanz insbesondere auf den bestehenden Sanierungsstau im Bereich der Sportinfrastruktur, der den ländlichen Raum in besonderem Maße (be)trifft. Bothe betont, dass es in kleineren und strukturschwachen Regionen künftig vor allem darauf ankommen wird, den Sportstättenbestand weiterhin überhaupt zur Verfügung stellen zu können, weil zahlreiche Kommunen bereits finanziell überfordert sind. In diesem Zusammenhang stellt er das Projekt „Sportatlas Sachsen-Anhalt“ vor.

Der Beitrag von Uwe Lübking thematisiert die Zukunft der Infrastruktur des Sports im ländlichen Raum. Seiner Ansicht nach bedarf es in den Kommunen – je nach Größe – vor allem entsprechender Verwaltungsstrukturen in Form einer eigenen Sportfachverwaltung (Sportamt) oder vergleichbaren Einheit, die sich gegebenenfalls auch mit anderen Aufgaben (z.B. Schule) befasst, um die Potenziale des Sports nutzen und der Sportförderung gerecht werden zu können. Zumindest sollte es konkrete Ansprechpartner für den Sport in der Kommune geben.

Die Zukunft der Sportvereine im ländlichen Raum ist das Thema von Lutz Thieme. Seinem Befund nach geben empirische Untersuchungen zwar Hinweise darauf, mit welchen Problemen Sportvereine aktuell zu kämpfen haben, aber seiner Einschätzung nach nimmt sich dabei keine den Sportvereinen im ländlichen Raum in besonderem Maße an. Dennoch versucht er in seinem Beitrag die aktuellen Herausforderungen entsprechend der regionalen Einbindung der Sportvereine in urbane bzw. ländliche Regionen zu differenzieren und mit Vorbehalt zu bewerten.

Nach Ansicht von Jörg Wetterich stellen Kenntnisse über empirische Grundlagen, z. B. zum Sportverhalten der Bevölkerung, sowie über Ziele und Verfahrensweisen von Sportentwicklungsplanungen in ländlichen Räumen eine Forschungslücke dar. In seinem Beitrag versucht er daher, dieses Defizit anhand der Ergebnisse verschiedener Planungen abzubauen. Aufgrund der noch eher geringen Datenbasis – und der Unterschiedlichkeit ländlicher Räume – handelt es sich dabei eher um erste Überlegungen, Beobachtungen, Fragestellungen und Thesen über diesen bisher wenig untersuchten Themenbereich.

Anknüpfend an die Diskussionen im Verlauf des Symposiums fasst Christian Siegel vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) zum Abschluss noch einmal die wichtigsten Strategien und Handlungsansätze einer künftigen Sportentwicklung im ländlichen Raum zusammen.

Die Veranstalter bedanken sich bei allen Mitwirkenden für die anregenden Beiträge und Diskussionen und hoffen auf eine rege Nachfrage nach der vorliegenden Dokumentation. Dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) gilt der Dank für die konstruktive Zusammenarbeit sowie die großzügige finanzielle Unterstützung der Veranstaltung.

Quellen

- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (Hrsg.) (2016): Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung ländlicher Räume aus dem Jahr 2016, Berlin
- Hüther, M./Südekum, J./Voigtländer, M. (Hrsg.) (2019): Die Zukunft der Regionen in Deutschland. Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit. Hrsg vom Institut der deutschen Wirtschaft, Köln

ZWISCHEN WACHSTUM UND SCHRUMPFUNG

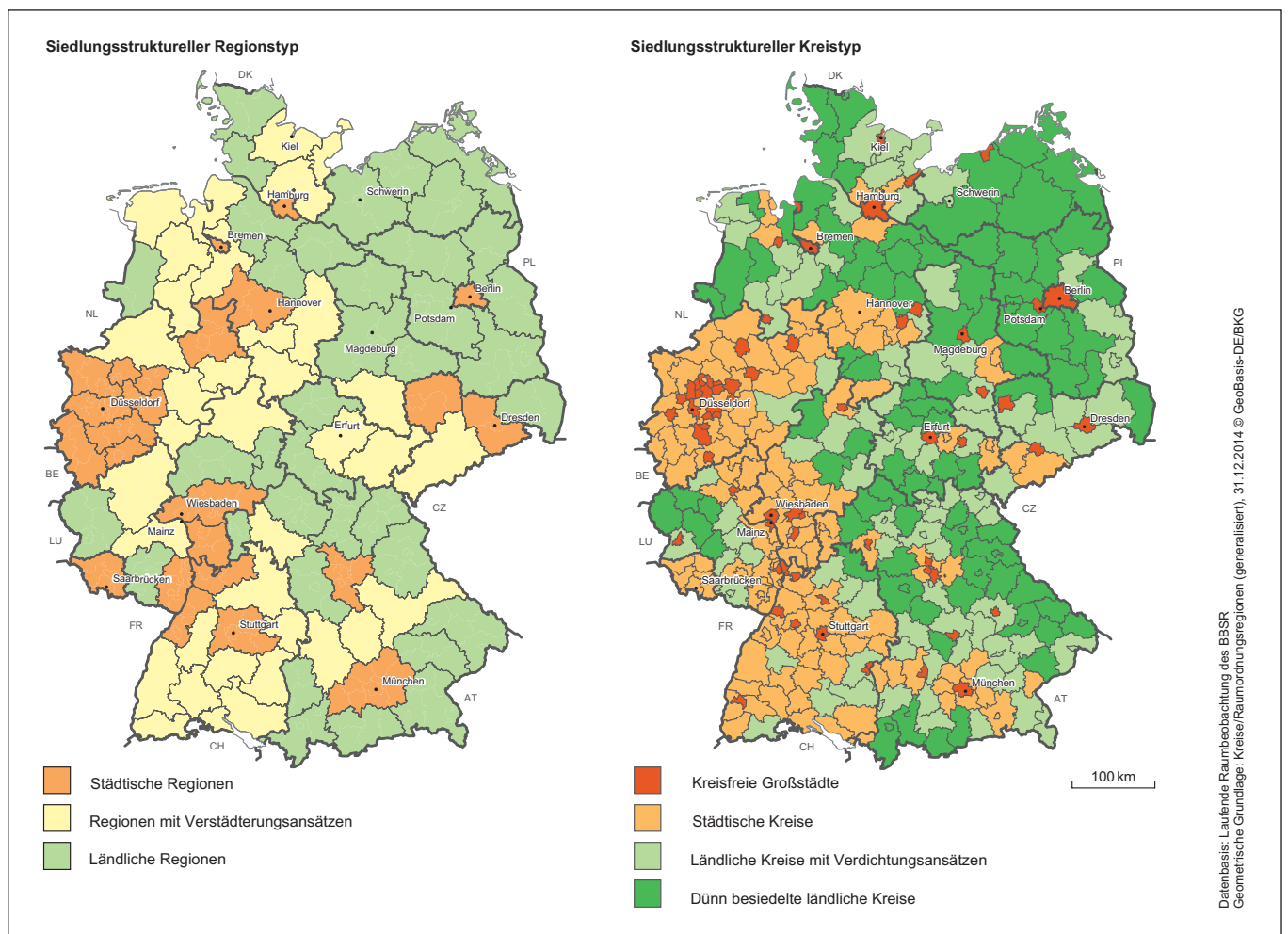
Ländliche Räume in Deutschland

Michael Zarth

Ländliche Räume sind kein homogener Raumtyp

Eine niedrige Einwohnerdichte dient im Allgemeinen zwar als zentrales Kriterium für die Abgrenzung ländlicher Räume. Diese weisen jedoch vielfältige strukturelle Unterschiede auf: Sie reichen von der naturräumlichen

Ausstattung und Lage im Raum, der großräumigen Erreichbarkeit bis hin zur Nähe zu Agglomerationen. Auch finden sich in den ländlichen Räumen zahlreiche Mittel- und Kleinstädte, die wichtige Funktionen als zentrale Orte für die Daseinsvorsorge und als regionale Arbeitsmarktzentren besitzen. Ländliche Räume gelten nicht per se als strukturschwach, sondern einzelne



Karte 1: Siedlungsstrukturelle Regions- und Kreistypen des BBSR

Räume weisen eine starke Resistenz gegenüber rezessiven Schocks und einen über alle Konjunkturzyklen günstige Beschäftigungsentwicklung auf.¹

Deutschland ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern durch eine polyzentrale Siedlungsstruktur geprägt. Nach der siedlungsstrukturellen Typisierung des BBSR werden drei großräumige Regionstypen und vier Kreistypen unterschieden.² Hierfür sind Kriterien wie Einwohnerdichte sowie die Ausstattung mit zentralen Orten und deren Größe zentral. Die ländlichen Kreise werden unterschieden in solche mit Verdichtungsansätzen und in dünn besiedelte Kreise. Nach dieser Typisierung lebte im Jahr 2016 bundesweit fast jeder Dritte in einem ländlichen Kreis. Es bestehen jedoch deutliche und überwiegend historisch gewachsene Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland: Die Übergänge von den Großstädten zu den ländlichen Kreisen sind in Ostdeutschland oft fließend, während in Westdeutschland noch die Raumkategorie der städtischen Kreise als suburbanes Umland zwischengestaltet ist. In der Folge leben rund 56 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung (9,0 Mio.) in ländlichen Kreisen, davon 4,7 Mio. in dünn besiedelten ländlichen Räumen. In Westdeutschland liegt der Bevölkerungsanteil der ländlichen Kreise insgesamt bei rund 26 Prozent bzw. absolut 17,2 Mio. Von diesen leben 9,9 Mio. in ländlichen Kreisen mit Verdichtungsansätzen und 7,3 Mio. in dünn besiedelten ländlichen Kreisen.

Bevölkerungsrückgang und Alterung ländlicher Räume schreitet voran

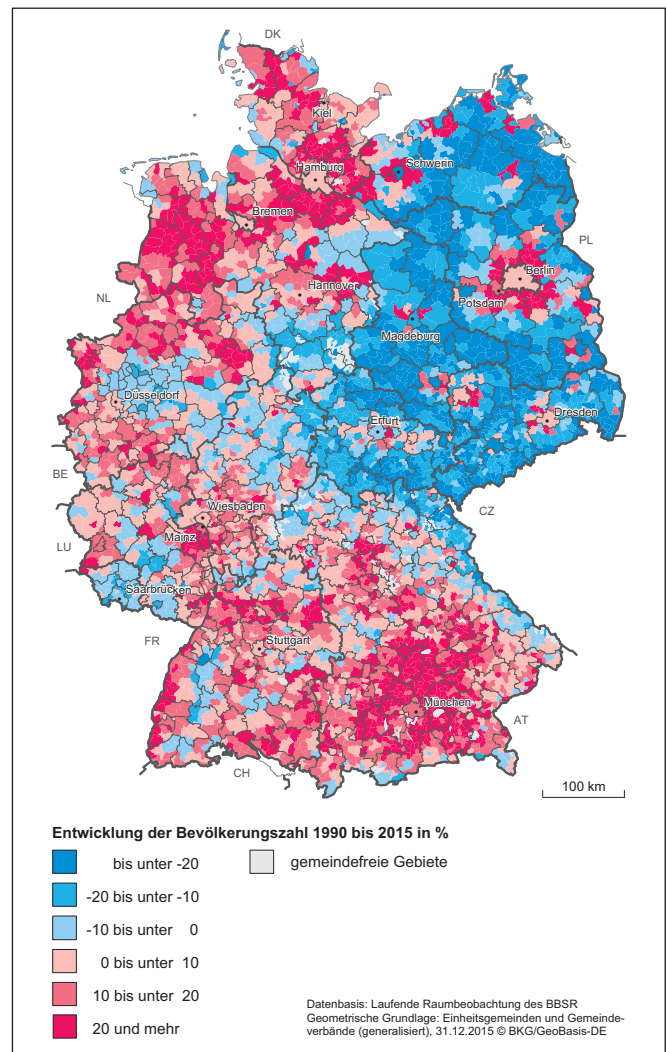
Der Schrumpfungs- und Alterungstendenzen der Bevölkerungsentwicklung Deutschlands sind bereits seit 1972 angelegt.³ Sie wurden jedoch viele Jahre durch eine „importierte Dynamik“ infolge internationaler Wanderungsgewinne überdeckt. Diese Wanderungen hatten vor allem die Großstädte und wirtschaftsstarke Regionen zum Ziel, und weniger die ländlichen Räume. In der Vergangenheit gab es ein großräumiges Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung. Vereinfacht ausgedrückt galt die Formel: Der Osten – mit Ausnahme weniger Räume schrumpft – der Westen wächst.

Wird diese Ost-West-Betrachtung regional aufgebrochen, zeigt sich auch in Westdeutschland seit der Mitte der 2000er Jahre ein keilförmiges Gebiet mit stagnie-

render oder schrumpfender Bevölkerung. Die Spitze liegt im Ruhrgebiet mit seinen Großstädten, welche infolge ihrer Strukturprobleme allein seit Mitte der 2000er Jahre fast 140.000 Einwohner*innen verloren haben. Die Trennlinien zu den wachsenden Regionen verlaufen im Norden über Ostwestfalen und Südniedersachsen bis an die Grenzen von Mecklenburg; im Süden über Nordhessen und Franken parallel zur tschechischen Grenze bis zur Donau. Im Osten haben durch Großstädte geprägte Regionen wie Berlin, Leipzig, Dresden und Rostock in der Summe weniger Einwohner*innen verloren als ländliche Räume.

Die zunehmende Betroffenheit ländlicher Räume von Schrumpfung lässt sich am Beispiel der Entwicklung der Mittel- und Kleinstädte sowie der Landgemeinden verdeutlichen.⁴ Sie werden je nach räumlicher Lage als zentral oder peripher unterschieden.

⁴ Kleinstädte bestehen oft aus ehemals eigenständigen Gemeinden und entsprechen insofern nicht dem klassischen Stadtbild einer historisch gewachsenen europäischen Stadt. Unter Landgemeinden werden hier alle Verbandsgemeinden verstanden, die weniger als 5.000 Einwohner*innen haben und kein Grundzentrum mit mittelzentralen Teilfunktionen sind.



Karte 2: Kleinräumige Bevölkerungsentwicklung 1990 – 2015

¹ Vgl. Zarth, M. (2011): Zur Entwicklung der deutschen Regionen in den langfristigen Konjunkturzyklen. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2, S. 106, sowie die Ergebnisse einer clusteranalytischen Raumtypisierung für Westdeutschland bei Jakobowski, P./Lackmann, G./Zarth, M. (2013): Zur Resilienz regionaler Arbeitsmärkte – theoretische Überlegungen und empirische Befunde. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 4, S. 362

² Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg. 2012): Raumabgrenzungen und Raumtypen des BBSR, Bonn.

³ Vgl. Raumordnungsbericht 2017 – Daseinsvorsorge sichern, Bonn 2018, S. 11 ff.

Anteil der Gemeinden mit einem Bevölkerungsverlust von mehr als 10 Prozent in %				
		1995 bis 2005	2005 bis 2015	
Westdeutschland	Großstädte	zentral	1,5	0,0
		peripher	0,2	0,0
	Mittelstädte	zentral	2,8	0,0
		peripher	0,4	0,6
	größere Kleinstädte	zentral	2,5	1,5
		peripher	0,2	0,6
	kleine Kleinstädte	zentral	0,9	3,7
		peripher	4,1	4,9
	Landgemeinde	zentral	9,1	12,3
		peripher	1,1	1,3
Insgesamt	zentral	6,2	8,2	
	peripher			
Ostdeutschland	Großstädte	zentral	40,0	0,0
		peripher	36,4	12,1
	Mittelstädte	zentral	75,4	29,5
		peripher	14,0	19,3
	größere Kleinstädte	zentral	49,4	46,0
		peripher	17,1	27,1
	kleine Kleinstädte	zentral	37,9	51,4
		peripher	10,3	25,6
	Landgemeinde	zentral	24,2	53,6
		peripher	19,1	21,1
Insgesamt	zentral	35,0	50,2	
	peripher			

Tab. 1: Entwicklung der Städte und Landgemeinden nach der Lage

Anmerkung: Daten sind zensuskorrigiert und statistische Erfassungsebene sind Einheitsgemeinden und Gemeindeverbände.

Sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland weisen die zentralen Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden eine günstigere Entwicklung als ihre Pendanten in peripherer Lage auf. In Ostdeutschland war die Entwicklung nach der deutschen Einheit zwar durch eine nachholende Suburbanisierung im Speckgürtel von Berlin oder im Umfeld großer Zentren wie Dresden und Leipzig geprägt. Dennoch verlor bis 2005 fast jede vierte periphere Landgemeinde mehr als 10 Prozent an Bevölkerung. Im Zeitraum 2005 bis 2015 verbucht bereits mehr als die Hälfte der peripheren Landgemeinden einen entsprechenden Bevölkerungsverlust. Von den zentralen Landgemeinden verlor immerhin jede Vierte mehr als 10 Prozent ihrer Einwohner. Die kleineren Kleinstädte in Ostdeutschland wurden schon früher vom demografischen Schrumpfungsprozess erfasst, wobei sich dieser nach 2005 nochmals verstärkte. Die extremen Bevölkerungsverluste bei den Mittelstädten und größeren Kleinstädten haben zwar nachgelassen, ihre Auswirkungen stellen die regionalen Akteure dennoch vor größere Herausforderungen.

In Westdeutschland hat sich der Schrumpfungsprozess der ländlichen Räume ab 2005 verstärkt: Während im Zeitraum 1995 bis 2005 jede zehnte periphere Landgemeinde einen Bevölkerungsverlust von mehr als 10 Prozent verbucht, traf dies im Zeitraum 2005 bis 2015 für jede achte Landgemeinde zu. Außerdem werden die kleinen Kleinstädte in peripherer Lage tendenziell stärker von Schrumpfung erfasst.

Neben der Fertilität und Mortalität ist die Dynamik der Außenwanderungen der zentrale Einflussfaktor auf die demografische Entwicklung. Die Außenwanderungen sind jedoch mit einem hohen Prognoserisiko verbunden. Erste Szenarien des BBSR lassen eine zeitliche Verzögerung und Abschwächung der regionalen Schrumpfungsprozesse infolge internationaler Zuwanderung erkennen.⁵ Dabei würden die wirtschaftsstarken Regionen als bevorzugtes Ziel der Außen- und Binnenwanderungen etwas stärker wachsen. Die westdeutschen Regionen, die nach der alten Raumordnungsprognose 2035 schrumpfen sollten, würden ihre Bevölkerungszahl zeitweise stabilisieren. Die ostdeutschen Räume würden mehrheitlich schrumpfen, mit Ausnahme einzelner demografischer Stabilitätsinseln wie Berlin, Dresden oder Leipzig. Die ländlichen Räume in West- und Ostdeutschland werden, zumal sie nicht bevorzugtes Ziel der Außen- und Binnenwanderungen sind, weiterhin stark vom Bevölkerungsrückgang betroffen.

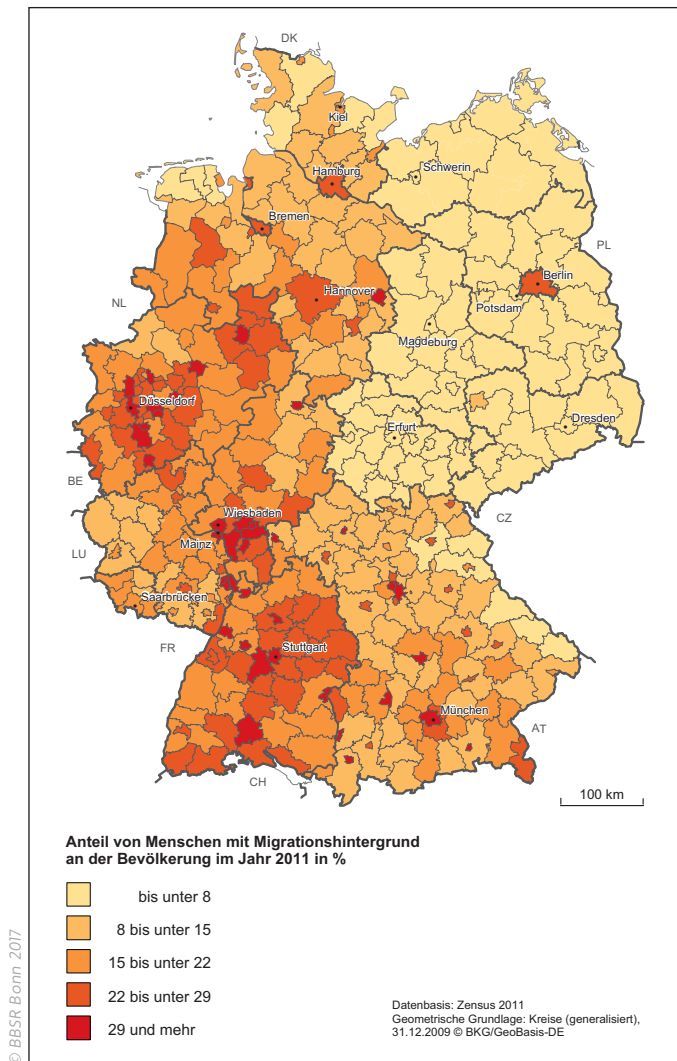
Die Alterung der Bevölkerung wird auch künftig als zentraler demografischer Trend fortschreiten. Denn die Verjüngung der Bevölkerung durch internationale Zuwanderung kompensiert nicht den Alterungsprozess. Vor allem die absolute Zahl der alten Menschen würde nur sehr gering beeinflusst. Dabei werden die westdeutschen Großstädte noch eine weitgehend stabile Altersstruktur bewahren, während das durchschnittliche Alter der ostdeutschen Bevölkerung nahezu flächendeckend bei über 50 Jahre liegen wird. Ausnahmen werden Berlin und Städte mit Hochschuleinrichtungen bilden, da diese u. a. bevorzugtes Ziel der Binnenwanderungen junger Menschen sind. Die ländlichen und vor allem peripheren Räume werden einen starken Rückgang der jüngeren Altersgruppen und einen Anstieg der Älteren aufweisen.

Ein weiterer zentraler Trend ist die fortschreitende Internationalisierung der Bevölkerung. Im Jahr 2015 lebten in Deutschland etwa 17,1 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund, dies entspricht 21 Prozent der Gesamtbevölkerung.⁶ Jeder Vierte der unter 35-Jährigen hat ausländische Wurzeln, bei den unter 5-Jährigen ist es sogar jeder Dritte. Vergleichsweise viele Menschen mit ausländischen Wurzeln gehören aktuell und in absehbarer Zukunft Altersgruppen an, in denen Familien gegründet und Kinder geboren werden. Dies wird dazu führen, dass der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in den deutschen Regionen künftig weiter steigen wird.

Flächendeckende regionale Daten zu den Personen mit Migrationshintergrund liegen nur nach dem Zensus 2011 vor. Die Ergebnisse sind in der Karte 3 dargestellt und

⁵ Vgl. Raumordnungsbericht 2017 – Daseinsvorsorge sichern, Bonn 2018, S. 18f.

⁶ Statistisches Bundesamt (2016): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden



© BBSR Bonn 2017

Karte 3: Menschen mit Migrationshintergrund

verdeutlichen die regionale Struktur. Besonders hoch sind die Anteile der Migranten danach in vielen Großstädten wie München, Nürnberg, Stuttgart, Hannover, Bremen, Hamburg und Berlin sowie im Rhein-Neckar- und Rhein-Main-Gebiet und der Rhein-Ruhr-Region. Aber auch einzelne ländliche Räume mit zum Teil industrieller Struktur verzeichnen hohe Anteile. Das betrifft vor allem Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und einzelne Regionen von Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. Umgekehrt fällt auf, dass in den ostdeutschen Regionen der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr niedrig ist.

Wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Räume regional unterschiedlich

Die wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Räume folgt den konjunkturellen Zyklen und lässt sich am Beispiel der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung verdeutlichen (siehe Tabelle 2). Bei den ostdeutschen Räumen schlagen zusätzlich die Folgen der deutschen Einheit zu Buche. So ging der Abbau der ostdeutschen Beschäftigung bis Mitte der 2000er Jahre weiter. Seit-

dem hat sich die Beschäftigungsentwicklung Ostdeutschlands stabilisiert, so dass der Beschäftigungsstand im Jahr 2017 fast wieder dem Niveau von 1996 entspricht.⁷ Gleichwohl ist erkennbar, wie lang das Tal war, durch das die ostdeutsche Wirtschaft gehen musste.

Seit 1996 stieg die Beschäftigung bundesweit bis zum Jahr 2017 um rund 4,4 Mio. In Westdeutschland ist die relative Bedeutung der kreisfreien Großstädte für das Beschäftigungswachstum relativ konstant. Vor allem die städtischen Kreise – also das verdichtete Umland – konnten ihre relative Bedeutung deutlich ausbauen. Die dünn besiedelten ländlichen Kreise verzeichnen den geringsten relativen Bedeutungsgewinn. Seit 2008 konnten die ländlichen Kreise jedoch wieder etwas stärker am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsplatzwachstum partizipieren. In kurzfristiger Sicht fällt für Ostdeutschland der Bedeutungsgewinn der kreisfreien Großstädte auf. Hierfür ist vor allem die Entwicklung von Berlin sowie Dresden und Leipzig entscheidend. Die ländlichen Kreise hingegen haben – ebenso wie die städtischen Kreise – an beschäftigungspolitischer Bedeutung verloren.

Insgesamt ist eine deutliche Verschiebung der Anteile der Beschäftigung zu Lasten Ostdeutschlands erkennbar. Sein Anteil an der gesamtdeutschen Beschäftigung reduziert sich von 22,4 Prozent im Jahr 1996 auf 18,7 Prozent im Jahr 2017. Entsprechend steigt der westdeutsche Anteil von 77,6 auf 81,2 Prozent an. In Westdeutschland gehen Bevölkerungs- und Beschäftigungswachstum dabei Hand in Hand. Die Versorgung mit Arbeitsplätzen ist über alle Raumtypen, d.h. auch in den ländlichen Kreisen deutlich gestiegen. Für Ostdeutschland ist diese Aussage zu relativieren, denn der rechnerisch gestiegene Versorgungsgrad ist dem Bevölkerungsrückgang geschuldet, da dieser stärker ausfiel als der Arbeitsplatzabbau.

Die Verteilung der Arbeitsplätze im Raum korrespondiert mit einem groß- und kleinräumigen Gefälle bei den Pendlerverflechtungen und -distanzen.⁸ Im Jahr 2016 betrug die durchschnittliche Pendeldistanz 17 km, wobei besonders lange Pendeldistanzen in dünn besiedelten und peripheren ländlichen Räumen festzustellen sind. Im bundesweiten Durchschnitt pendeln rund 60 Prozent aller Beschäftigten von ihrem Wohnort zur außerhalb gelegenen Arbeitsstätte. In kleinräumiger Sicht besteht ein Land-Stadt-Gefälle. Während in den Großstädten nur 32 Prozent aller Beschäftigten pendeln, sind es in den ländlichen Gemeinden 86 Prozent.

Innerhalb der einzelnen Kreistypen bestehen deutliche Unterschiede in der Beschäftigungsentwicklung. Denn die Zugehörigkeit zu einem Typ determiniert weder

⁷ 1996 wurde als Ausgangsjahr gewählt, da ab diesem Jahr bundesweit vergleichbare und regional differenzierte Daten nach dem Meldeverfahren der Sozialversicherung vorliegen.

⁸ Vgl. Raumordnungsbericht 2017 – Daseinsvorsorge sichern, Bonn 2018, S. 23.

Kreistypen	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte						Bevölkerung
	Veränderung 2017/96	Anteil am Bund in %			Beschäftigtenbesatz		Veränderung 2016/96
	in %	1996	2008	2017	1996	2017	in %
Westdeutschland	21,5	77,6	81,0	81,3	336	394	3,6
Kreisfreie Großstädte mit mind. 100.000 EW	19,4	28,0	29,0	28,8	455	518	5,0
Städtische Kreise	21,9	32,4	34,0	34,1	297	349	3,5
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen	25,3	10,1	10,6	10,9	286	346	3,5
Dünn besiedelte ländliche Kreise	22,2	7,2	7,4	7,6	287	348	0,8
Ostdeutschland	-3,2	22,4	19,0	18,7	355	372	-7,5
Kreisfreie Großstädte mit mind. 100.000 EW	9,3	8,6	7,7	8,1	406	426	4,1
Städtische Kreise	-13,9	1,9	1,5	1,4	337	356	-18,6
Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen	-11,2	5,7	4,7	4,3	334	345	-13,9
Dünn besiedelte ländliche Kreise	-9,9	6,2	5,1	4,8	323	328	-11,4
Deutschland	15,9	100,0	100,0	100,0	340	390	1,2

Tab. 2: Beschäftigungsentwicklung nach Kreistypen 1996 – 2017

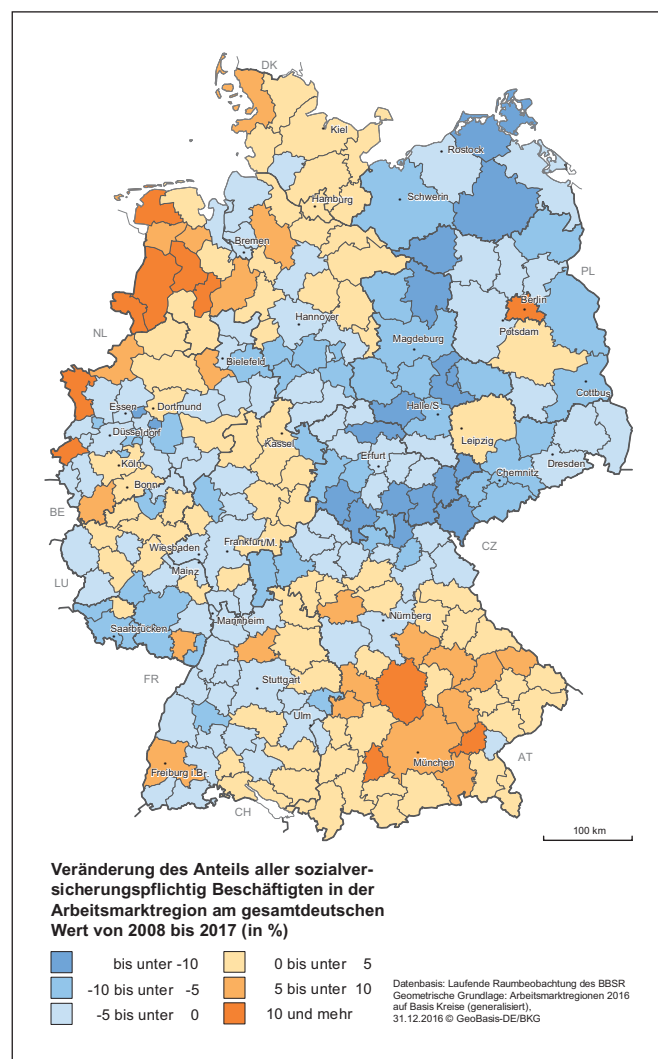
eine gute noch eine schlechte Entwicklung. Teilweise sind die Unterschiede zwischen den Typen größer als innerhalb der Typen. Auch schneiden die siedlungsstrukturellen Kreistypen des BBSR räumlich-funktionale Verflechtungen. Im Folgenden nehmen wir eine Betrachtung auf Ebene der Arbeitsmarktregionen vor. Bei diesen werden die ländlichen Räume zusammen mit ihren städtischen Arbeitsmarktzentren betrachtet, zu denen die Menschen pendeln.⁹ Die Karte 4 dokumentiert, wie sich der Anteil der einzelnen Arbeitsmarktregionen an der bundesweiten Beschäftigung im Zeitraum 2008 bis 2017 entwickelt hat.¹⁰

Bei der Veränderung des relativen Anteils streuen die Gewinne und Verluste quer über alle Regionen. Die Wertereihe reicht von -15,3 Prozent für Dessau-Roßlau bis zu +15,8 Prozent für Vechta. Es folgen dann Cloppenburg (+15,5 Prozent) und Ingolstadt (+14,0 Prozent). Außerdem fallen drei Aspekte zunächst auf:

- Die relativen Veränderungen der Anteile sind bei den kleinen und oftmals ländlich geprägten Regionen in der Regel größer als bei den großen städtischen Regionen (Basiseffekt).

⁹ Die Analyseebene sind die aktuellen 257 Arbeitsmarktregionen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Sie bilden räumlich-funktionale Verflechtungen ab und werden auf Basis der Pendlerverflechtungen abgegrenzt. Für Ostdeutschland werden 54 Regionen ausgewiesen, die keine Ländergrenzen zwischen West- und Ostdeutschland schneiden.

¹⁰ Vgl. hierzu auch Maretzke, S./Ragnitz, J./Untiedt, J. (2018): Betrachtung und Analyse von Regionalindikatoren zur Vorbereitung des GRW-Fördergebiets ab 2021, Gutachten im Auftrag des BMWi, Münster S. 17.



Karte 4: Veränderung der regionalen Beschäftigungsanteile 2017/2008

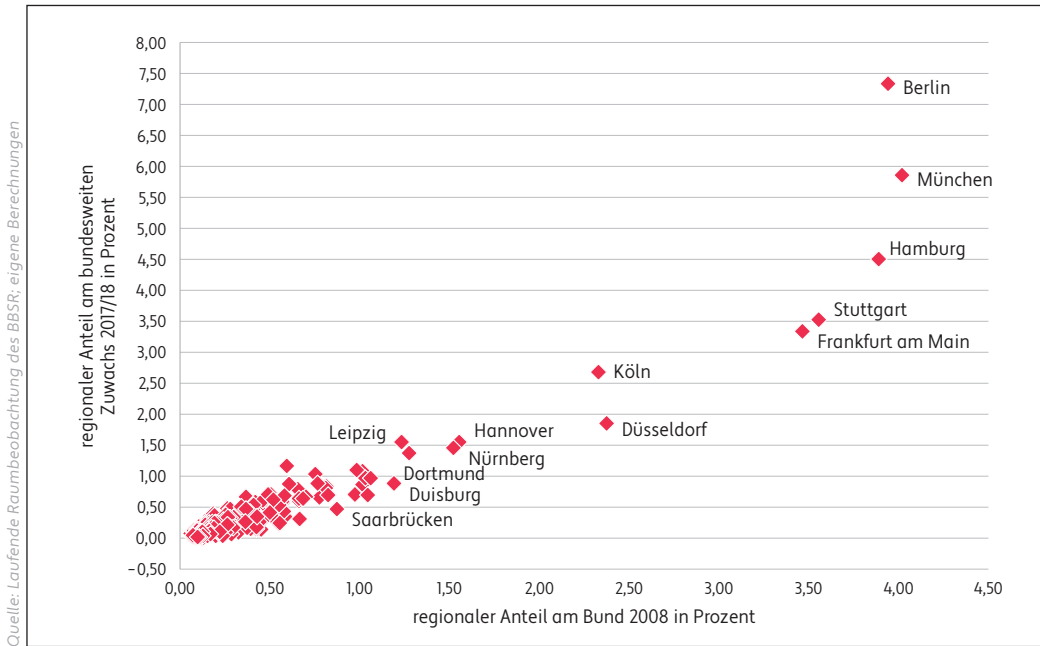


Abb. 1: Regionale Konzentration des Beschäftigungswachstums

- Es verbuchen etwas mehr Regionen relative Bedeutungsverluste als Gewinne (147 zu 110).
- Relative Bedeutungsgewinne hat es vornehmlich in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen gegeben.

In Westdeutschland konnten vor allem Arbeitsmarktregionen in Süddeutschland (d.h. vornehmlich aus Bayern) aber auch einzelne Regionen aus Rheinland-Pfalz, Nordhessen, NRW, Niedersachsen und Schleswig-Holstein ihre relative Position verbessern. In Ostdeutschland trifft dies nur für Berlin sowie Luckenwalde und Leipzig zu.

Umgekehrt haben auch viele Regionen (mehr als jede zweite – 60 Prozent) Anteile an der bundesdeutschen Beschäftigung verloren. Dies trifft auf fast alle ostdeutschen Arbeitsmarktregionen zu. In Westdeutschland sind es vor allem ländliche Regionen aus Bayern, das Ruhrgebiet und das Saarland, die in ihrer relativen Position verloren haben. Zu nennen sind außerdem einzelne Regionen aus Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg sowie aus dem westlichen und östlichen Niedersachsen.

Die Abbildung 1 lässt erkennen, wie stark das Beschäftigungswachstum regional konzentriert ist. Je größer der Anteil einer Region im Ausgangsjahr an der bundesweiten Beschäftigung war, desto größer ist auch ihr Anteil am bundesweiten Zuwachs. Allein auf die zehn größten westdeutschen Arbeitsmarktregionen, die im Jahr 2008 infolge ihres Agglomerationsgrades zusammen einen Beschäftigungsanteil von 25 Prozent haben, entfallen rund 27 Prozent des bundesweiten Zuwachses (1,3 Mio.). Berlin als größte ostdeutsche Region mit einem Beschäftigtenanteil von 3,9 Prozent im Jahr 2008 verbucht 7,3 Prozent des bundesweiten Zuwachses (absolut: 345.000).

Wie ist die Entwicklung der öffentlichen Finanzen ländlicher Räume?

Bevölkerungsverluste bedeuten in der Regel Verluste bei den öffentlichen Einnahmen. Insbesondere für die kommunalen Gebietskörperschaften als wichtiger Träger der Daseinsvorsorge sind diese finanziellen Verluste auf Dauer schwer verkraftbar.¹¹ Die Kommunen besitzen nur geringe steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten, um eigene Einnahmen zu generieren. Hierzu zählt neben der Grundsteuer A und B vor allem die Gewerbesteuer. Das Gewerbesteueraufkommen ist zwar seit 2002 von gut 23 Mrd. auf rund 50 Mrd. Euro im Jahr 2016 gestiegen. Es unterliegt jedoch starken zeitlichen Schwankungen und ist regional extrem ungleich verteilt, da es vor allem von größeren Gewerbebetrieben getragen wird. Oft erfolgt die Besteuerung am Hauptsitz eines Unternehmens, und gerade ländliche Räume sind nicht selten bevorzugter Standort von Zweigbetrieben größerer Unternehmen. Entsprechend dem Gefälle in der wirtschaftlichen Leistungskraft sind beim Gewerbesteueraufkommen ein großräumiges West-Ost- und ein kleinräumiges Stadt-Land-Gefälle prägend.

Eine hohe gemeindliche Realsteuerkraft sagt zudem wenig darüber aus, ob die finanziellen Möglichkeiten einer Kommune dem tatsächlichen Bedarf an Daseinsvorsorge genügen. In vielen Städten und Gemeinden mit hoher Realsteuerkraft übersteigt der Bedarf infolge hoher Sozialleistungen und einer erhöhten Versorgungszentralität den finanziellen Rahmen bei weitem. Ein gutes Spiegelbild der kommunalen Finanznöte bietet der Stand der Kassenkredite. Vorgesehen ist diese Form der kommunalen Kreditaufnahme zum

¹¹ Vgl. Raumordnungsbericht 2017 – Daseinsvorsorge sichern, Bonn S. 25 ff.

Ausgleich kurzfristiger Liquiditätsschwankungen bei der Erfüllung laufender Verwaltungsaufgaben. In der kommunalen Praxis dienen Kassenkredite jedoch oft der langfristigen Finanzierung.

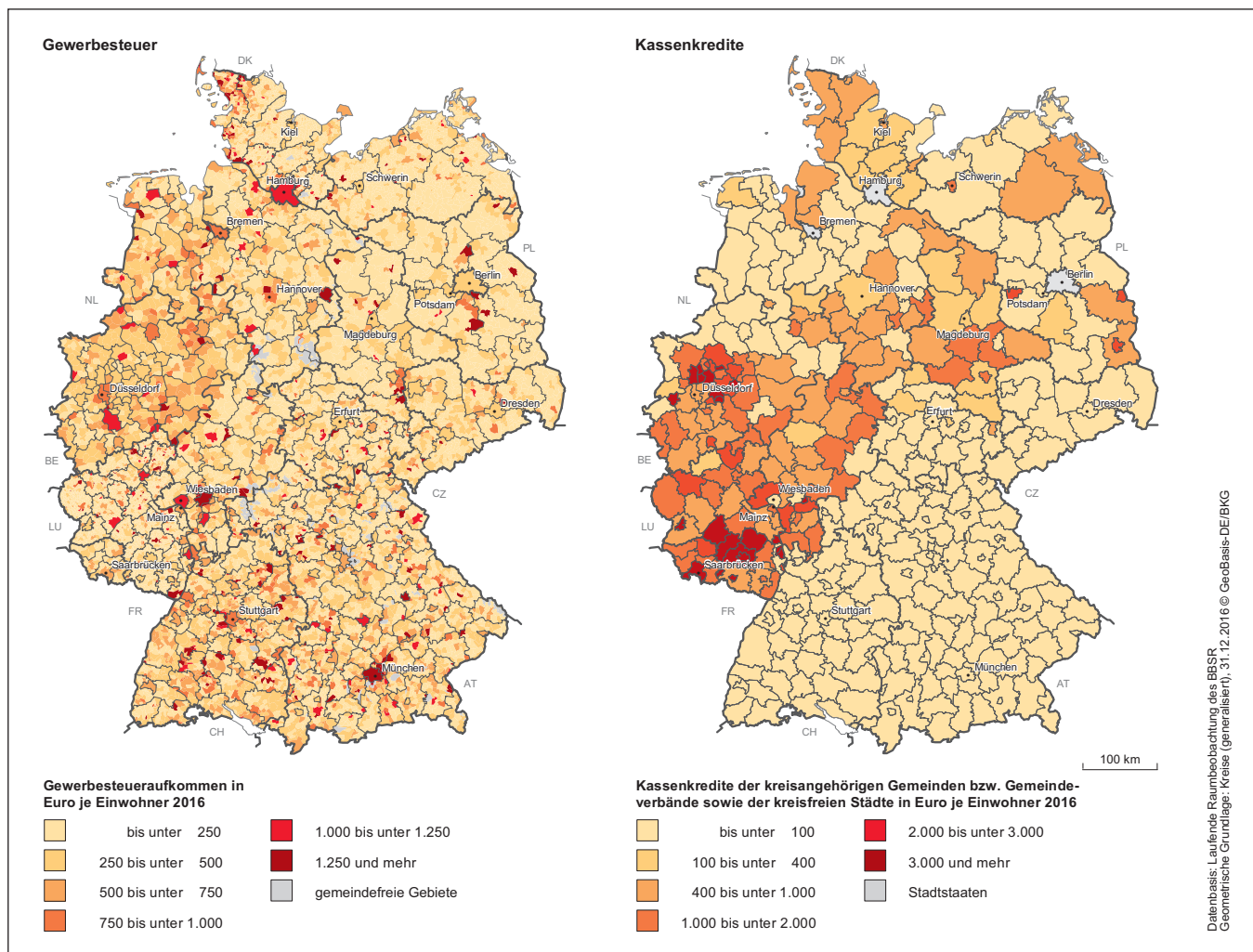
Lagen die Kassenkredite im Jahr 1992 bei 1,2 Mrd. Euro, so betragen sie im Jahr 2016 bundesweit trotz der teilweisen Ablösung durch Entschuldungsprogramme rund 45 Mrd. Euro. Es bestehen deutliche regionale Unterschiede zwischen und innerhalb der Länder. Insgesamt fällt eine starke Konzentration der Kassenkredite auf Städte in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz auf. Ähnlich angespannt stellt sich die Haushaltssituation der deutschen Landkreise dar, die neben der Kommunalaufsicht wichtige überörtliche Leistungen sowie Ausgleichs- und Ergänzungsaufgaben bei der Daseinsvorsorge wahrnehmen. Der Kassenkreditbestand lag Ende 2015 bei rund 6,6 Mrd. Euro. Besonders prekär ist die finanzielle Lage der Landkreise in Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

Die regionalen Unterschiede in der Realsteuerkraft und in der kommunalen Verschuldung erhöhen die Abhängigkeit der kommunalen Finanzwirtschaft von

den Zuweisungen der Länder. Dabei stellt die kommunale Finanzsituation eine zentrale Stellgröße für eine aktive Entwicklung vor Ort dar. Denn diese erfordert neben dem politischen und fachlichen Engagement ausreichende finanzielle Mittel. Dies gilt nicht nur für die Durchführung investiver oder personeller Maßnahmen, sondern auch für die Erbringung des kommunalen Eigenanteils bei Förderprogrammen. Je enger die finanziellen Spielräume der kommunalen Gebietskörperschaften in den ländlichen Räume sind, desto weniger sind sie in der Lage, eine aktive Entwicklung auch unter Einbeziehung des Sports zu betreiben.

Was kann man zur Sicherung des Sports in ländlichen Räumen tun?

Neben einer niedrigen Einwohnerdichte ist für ländliche Räume prägend, dass die Vereine und damit Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement im Bereich des Sportes wichtige Elemente des sozialen Lebens sind. Auch sind die ländlichen Räume in Deutschland kein homogener Raumtyp, sondern weisen vielfältige Differenzierungen auf. Am gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungswachstum haben sie je nach den regio-



Karte 5: Gewerbesteuer und Kassenkredite 2016

Datenbasis: Laudende Raumbearbeitung des BBSR Geometrische Grundlage: Kreise (Generalisiert), 31.12.2016 © GeoBasis-DE/BKG

© BBSR Bonn 2018

nalen Standortdeterminanten unterschiedlich partizipiert. Insgesamt ist eine Verschiebung der Beschäftigungsanteile zu Lasten ostdeutscher Räume erkennbar, während die ländlichen Räume in Westdeutschland deutlich besser abschneiden.

Allerdings geht die demografische Entwicklung mit Bevölkerungsrückgang und Alterung vor allem zu Lasten der ländlichen Räume. Diese Prozesse werden sich künftig – auch in Westdeutschland – verstärken, da sie nicht durch Zuwanderung kompensiert werden. Denn die ländlichen Räume sind nicht bevorzugtes Ziel der Außen- und Binnenwanderungen, sondern Quellort bildungs- und arbeitsplatzmotivierter Zuzüge in die städtischen Zentren und wirtschaftsstarke Regionen. Ein Rückzug der jungen Menschen in die ländliche Heimatregion findet nach der Ausbildung inzwischen nur noch selten statt und hängt vor allem von den Erwerbsmöglichkeiten vor Ort ab.

Der aktuelle Raumordnungsbericht „Daseinsvorsorge sichern“ betont die Herausforderungen, die aus dem Zusammenspiel von wirtschaftlicher und demografischer Entwicklung für die regionale Daseinsvorsorge resultieren. Zwar wird der Sport im Allgemeinen nicht als eine pflichtige Aufgabe der Kommunen betrachtet. Dennoch ist er ein wichtiges Element der örtlichen Daseinsvorsorge, und im Falle der schulischen Sportinfrastruktur fällt er auch in die kommunale Zuständigkeit.

Bevölkerungsrückgang und Alterung sowie die fortschreitende Individualisierung erfordern angepasste Angebote an ein verändertes Sportverhalten. Dabei werden eine regionale Zusammenarbeit bei der Sportentwicklungsplanung und eine Konzentration der Angebote an gut erreichbaren Standorten immer wichtiger. Gleichzeitig schränken die fiskalischen Rahmenbedingungen viele Kommunen in ländlichen Räumen ein, aktiv die Entwicklung des Sports zu fördern. Auch werden Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement infolge demografischer Entwicklung und wirtschaftlicher Gegebenheiten (Auspendeln und Wegzüge, Wegbrechen der lokalen Wirtschaft) zunehmend schwieriger leistbar. Notwendig sind daher eine Anerkennungskultur sowie finanzielle Anreize für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement. Um eine Überforderung der Akteure zu vermeiden, sind bürokratische Hemmnisse abzubauen und rechtliche Standards bei der Leistungserbringung zu überprüfen. Auch empfiehlt es sich, Sportvereine nach Möglichkeit in den Prozess einer aktiven Regionalentwicklung einzubinden. Dies gilt insbesondere für die Sportentwicklungsplanung.

Die Modellvorhabenforschung des BBSR liefert einen umfassenden Erfahrungsschatz über die Möglichkeiten interkommunaler Kooperationen bei der Daseinsvorsorge.¹² Diese haben in der Vergangenheit

in städtischen und ländlichen Räumen an Dynamik und inhaltlicher Breite gewonnen. Im Rahmen des MORO-Aktionsprogramms¹³ „Regionale Daseinsvorsorge“ wurden in zwei Modellregionen (Nordeifel, Ostwürttemberg) auch Kooperationen im Bereich des Sportes gefördert und erprobt.

Bei interkommunaler Zusammenarbeit spielen Wirtschaftlichkeitsüberlegungen oftmals eine große Rolle. Aber im Kern dienen Kooperationen dazu, Synergien bei der Leistungserstellung zu nutzen und somit ein bedarfsgerechtes Angebot unter veränderten Rahmenbedingungen zu sichern. Es gibt zwar keine Patentlösung für eine interkommunale Zusammenarbeit im Bereich des Sports, so dass je nach den örtlichen Gegebenheiten unterschiedliche Formen und Inhalte möglich sind. Bestimmte Rahmenbedingungen haben sich jedoch als zentral für den Erfolg erwiesen: Hierzu zählen vor allem ein gewisses Problembewusstsein vor Ort, eine konkrete Aufgabe mit nachvollziehbaren Zielen sowie regional akzeptierte Promotoren und „Kümmerer“.

Wichtig ist außerdem, dass alle relevanten Akteure in der Zusammenarbeit einen Nutzen erkennen und Erfolgserlebnisse möglichst frühzeitig greifbar sind. Diese können im Vergleich zu anderen Projekten noch so unbedeutend erscheinen, aber nichts motiviert die Akteure vor Ort mehr als der Erfolg. Es kann daher sinnvoll sein, den Kooperationsprozess mit leicht lösbaren Aufgaben zu beginnen und konfliktgeladene Themen in einer späteren Phase der Zusammenarbeit anzugehen. Zudem fallen gerade im Bereich der Sportinfrastruktur Vorteile und Kosten räumlich auseinander. Dies erfordert entsprechende interkommunale Ausgleichsmaßnahmen, die möglichst einfach gehalten und für alle Beteiligten nachvollziehbar sein sollten.

Bund und Länder sind gefordert, die Bemühungen in den ländlichen Räumen durch die Anpassung zentraler Förderregelungen in den verschiedenen Programmen zu flankieren.¹⁴ Die auf die jeweiligen Ressortzuschnitte ausgerichtete Förderlandschaft sollte im Sinne einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit vereinfacht werden. Auch sollten interkommunale Absprachen und Planungen nicht nur finanziell gefördert werden, sondern als Fördervoraussetzung gelten. Eine mögliche Alternative wären Förderboni für Projekte, die auf interkommunaler Zusammenarbeit beruhen.

¹³ Mit dem Aktionsprogramm „Modellvorhaben der Raumordnung“ (MORO) unterstützt das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) die praktische Erprobung und Umsetzung innovativer, raumordnerischer Handlungsansätze und Instrumente in Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis, d.h. mit Akteuren vor Ort, in den Regionen.

¹⁴ Vgl. Zarth, M./Lackmann, G. (2015): Regionale Bedeutung der Landwirtschaft und Förderung ländlicher Räume, BBSR-Analysen KOMPAKT 17, S. 21 ff.

¹² Vgl. hierzu auch Furkert, M./Zarth, M. (2019): Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum durch Kooperation? In: vhw FW6, S. 295–298.

SITUATION DES SPORTS IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

Beispiel Hessen

Jens Prüller

Sportvereine in Zahlen

Der Landessportbund Hessen (lsb h) ist die Vereinigung aller hessischen Sportvereine und -verbände mit ca. 2,1 Mio. Mitgliedern. Als Dachorganisation der rund 7.600 Sportvereine, die ein flächendeckendes Sportangebot garantieren, vertritt er die Interessen des organisierten Sports in Hessen. Mit insgesamt mehr als zwei Dritteln (69 Prozent) stellen die 5.275 Einspartenvereine die größte Gruppe dar. 1.982 Vereine (26 Prozent) bieten zwischen zwei und fünf Sportarten an, 301 Vereine (4 Prozent) zwischen sechs und neun Sportarten und 72 Vereine haben ein weit gefächertes Angebot mit zehn oder mehr Sportarten. Der überwiegende Teil dieser Großvereine befindet sich in urbaner Lage des Rhein-Main Gebietes oder der Stadt Kassel.

Rund 40 Prozent aller hessischen Sportvereine (3.102) zählen jeweils weniger als 101 Mitglieder. Sie stellen 7,5 Prozent aller Mitgliedschaften. 23 Prozent (1.758 Vereine) haben zwischen 101 und 200 Mitglieder, 11,6 Prozent (875 Vereine) zwischen 201 und 300 Mitglieder und 11,6 Prozent (883 Vereine) zwischen 301 und 500 Mitglieder. 8,9 Prozent (679 Vereine) kommen auf 501 bis 1.000 Mitglieder und 332 Vereine (4,4 Prozent) gehören zu den Großvereinen mit mehr als 1.000 Mitgliedern. Sie repräsentieren mit 665.143 Mitgliedschaften 31,3 Prozent aller Mitglieder im LSBH. In ländlichen Räumen überwiegen Einspartenvereine mit niedrigen Mitgliederzahlen.

Zur Lage der Sportstätten

Leider liegen dem Landessportbund Hessen e.V. aktuell keine aussagekräftigen Zahlen zur Sportstätten-situation in Hessen vor. Die Datenbasis beruht auf der im Jahr 2000 erhobenen Sportstättenstatistik. Diese weist eine gute Versorgung mit gedeckten und ungedeckten Sportanlagen für ganz Hessen aus. Jedoch war bereits in der

Statistik des Jahres 2000 ein erheblicher Sanierungsbedarf (36 Prozent der Sportanlagen in Hessen weisen einen hohen Sanierungsbedarf auf) vorhanden, der nicht signifikant behoben werden konnte und geschätzt noch angewachsen ist.

Bevölkerungsentwicklung

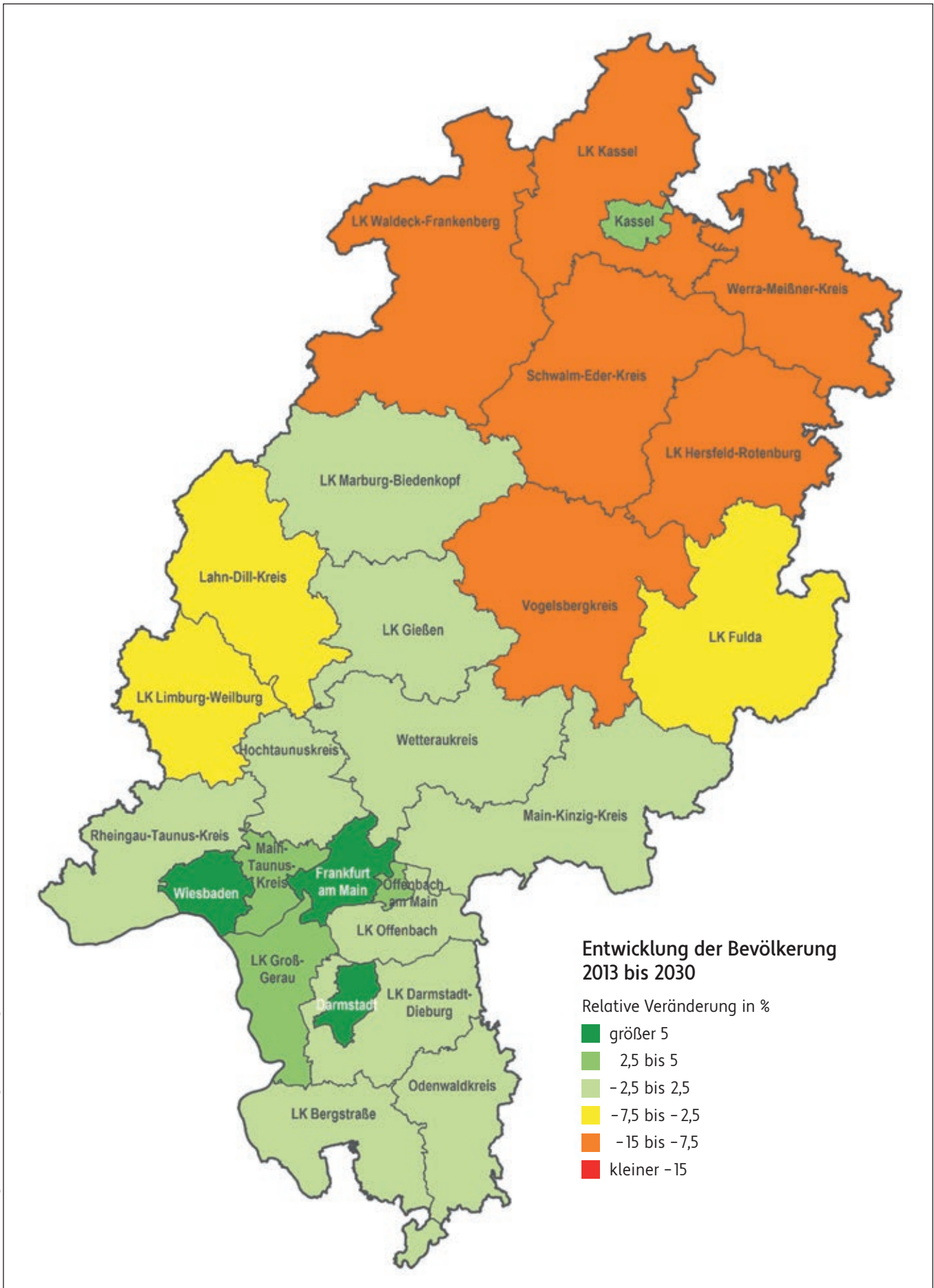
In Hessen gibt es derzeit konträre demografische Entwicklungen je nach Region:

- **Rhein-Main-Gebiet/Stadt Kassel:** Die Stadt Frankfurt wie auch die umliegenden Kommunen im Rhein-Main-Gebiet wachsen derzeit stark an – diese „Zentren“ boomen und haben einen hohen Zuzug.
- **Gürtel um die Ballungsräume:** In einem größeren Radius um die Ballungsräume bleiben die Zahlen relativ stabil bzw. steigen je näher sie am Zentrum des Ballungsraums sind an. In den Einzugsgebieten gibt es teilweise stark unterschiedliche Entwicklungen.
- **Ländliche Regionen:** Insbesondere in den ländlichen Räumen werden die Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung deutlich erkennbar. Die ländlichen Räume verlieren zum Teil – zwar sehr unterschiedlich – in der Gänze jedoch erheblich an Bevölkerung.

Demografischer Wandel, Finanzen und Sport

An dieser Stelle sollen die weitgehend bekannten Auswirkungen des demografischen Wandels nicht in den Fokus gerückt werden. Gleichwohl müssen einige wenige benannt werden. Insbesondere in der Wechselwirkung demografischer Wandel und der Entwicklung der öffentlichen Finanzen – „Demo-Economics“¹ – sind grundlegende Probleme zu erwarten. Bei einer

¹ Mit dem Begriff *Demoökonomie* wird die Erforschung des Wechselverhältnisses von Bevölkerung und Wirtschaft bezeichnet.



Quelle: Bevölkerungsvorausschätzung der Hessen Agentur, 2014

Abb. 1: Kartografische Darstellung der regionalen Bevölkerungsveränderungen von 2013 bis 2030

Annahme der prognostizierten Verschiebungen werden die Pro-Kopf-Ausgaben auf der Ebene der Länder und der Kommunen sinken müssen – allgemein und auch im sportbezogenen Sektor – was zu einer Verstärkung der strukturellen Unterfinanzierung von kleineren Gemeinden und Kommunen führen wird. Der zu erwartende Ausgabenrückgang bei den Gemeinden wird insbesondere den Sport treffen, da Sportstätten mit einem hohen Fixkostenanteil behaftet sind.

Selbst in den vergangenen Jahren mit hohen Steuereinnahmen konnte der bestehende Sanierungsstau bei Sportstätten (Volumen ca. 31 Mrd. Euro laut DOSB, 2018) nicht abgebaut werden. In Hessen befinden sich zum Jahresende 2018 noch immer 90 der 425 Gebietskörperschaften unter dem landeseigenen Schuttschirm mit der Konsequenz, dass freiwillige Leistungen – wie Sportstättenbau und Sanierung – nahezu vollständig gekürzt werden müssen. Fehlende Investitionen in den Erhalt der Sportstätten haben vielerorts bereits zu zahlreichen Einschränkungen und Schließungen geführt.

Gleichzeitig hat der Wandel im Sport auch zu einer stärkeren Vereinnahmung der öffentlichen Räume sowie der Naturräume geführt. Während diese Entwicklung in urbanen Gebieten häufig zu Nutzungskonflikten führt, stehen in den ländlichen Räumen vielfältige Bewegungsmöglichkeiten auf Rad- und Feldwegen und im Wald zur Verfügung. Diese werden mehr und mehr auch in die Strukturen der Vereine als Sportstätten integriert.

Der Bevölkerungswandel hat jedoch auf einzelne Sportarten – insbesondere im Bereich der Mannschaftssportarten – teils massive Auswirkungen. Hier ist beispielhaft der Fußball zu nennen, da mit dem steigenden Alter der Bevölkerung, den sinkenden Geburtenzahlen und dem Wegzug junger Menschen notwendige Mannschaftsstärken in den jeweiligen Jahrgängen nicht mehr erreichbar sind.

Im Rahmen der Sportstättenberatungen des Landessportbundes Hessen e.V. wurden folgende Trends festgestellt:

- Bildung von Spielgemeinschaften im Bereich der Mannschaftssportarten (Fußball, Handball) von bis zu acht Vereinen mit jeweils eigenen Sportanlagen, um eine Mannschaftsstärke zu erreichen
- „Saisonale“ Nutzung von Sportinfrastruktur (jedes 5. Heimspiel)
- Aufgabe/Rückbau von ungedeckten Sportfreianlagen
- Fehlende gedeckte Sportanlagen für Trends (Gesundheitssport, Sport für Ältere, Kursangebot)
- Drohende Schließung von Schulstandorten
- Ausdehnung der Schulzeiten bedingt durch die Ganztagschulen und fehlende Hallennutzungszeiten im Winterhalbjahr

Fazit

- Die quantitative Abdeckung mit Sportanlagen in ländlichen Räumen ist derzeit ausreichend.
- Die qualitative Abdeckung mit Sportanlagen ist bedingt ausreichend. Viele Sportanlagen sind veraltet und entsprechen nicht mehr den heutigen Standards und dem sich ändernden Sportverhalten.
- Moderne Infrastruktur ist wenig vorhanden.
- Alternative Bewegungsräume für Individualsportarten sowie Bewegungssportarten wie Joggen, Radfahren, Gesundheitssport usw. stehen zur Verfügung.
- Signifikanter Rückgang an Vereinen mit Mannschaftssportarten ist zu befürchten.
- Kernsportstätten müssen erhalten werden (Schulstandorte, Sporthallen).
- Vereinsfusionen oder Spielgemeinschaften werden zunehmen.
- Vor „größeren“ Infrastrukturinvestitionen sollte eine Sportentwicklungsplanung (mindestens auf kommunaler Ebene, besser auf interkommunaler Ebene) erfolgen.

SITUATION DES SPORTS IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

Beispiel Sachsen-Anhalt

Robert Bothe

Einleitung

Der demografische Wandel betrifft zusehends alle Bereiche der Gesellschaft, vermehrt auch den Sport und seine Organisationen. Die Bevölkerung schrumpft und wird gleichzeitig immer älter, wodurch sich die Zusammensetzung der Sportklientel ändert. Folglich ergibt sich ein veränderter Anspruch an die bestehende Sportstätteninfrastruktur. Besonders in kleineren und strukturschwachen Regionen wird es künftig darauf ankommen, den Sportstättenbestand weiterhin überhaupt zur Verfügung stellen zu können, weil zahlreiche Kommunen bereits finanziell überfordert sind.

Sportatlas Sachsen-Anhalt

Aus diesem Grund erarbeitete der LandesSportBund Sachsen-Anhalt e.V., im Rahmen zweier durch das Land finanzierter Projekte, den Sportatlas Sachsen-Anhalt. In diesem sind die Sportstätten Sachsen-Anhalts sowie dazugehörige Ausstattungsinformationen, Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), Schulen und Kindertagesstätten (KITAs) des Landes sowie Vereins- und Bevölkerungsdaten visuell und übersichtlich aufbereitet. Das erste Projekt wurde im Zeitraum Juli 2016 bis zum Dezember 2017 realisiert und das zweite Projekt fand von April 2018 bis zum Dezember 2018 statt.

Im ersten Projekt ging es darum die Softwareanwendung zu entwickeln sowie die Sportstätten der beiden Modelllandkreise Altmarkkreis Salzwedel und Anhalt-Bitterfeld zu erfassen und in die fertige Software, dem Sportatlas, zu importieren. Im zweiten Projekt wurden die Sportstätten der noch fehlenden acht Landkreise bzw. drei kreisfreien Städte vollständig erfasst und in den Sportatlas importiert. Zudem wurden Weiterentwicklungen am Sportatlas vorgenommen, besonders im Bereich der Kalender- und Suchfunktionen, wodurch ein noch erleichtertes Arbeiten erzielt

werden soll. Die integrierte Kalenderfunktion soll besonders kleineren Gemeinden als Unterstützung zur Sportstättenbelegungsplanung dienen. Der Sportatlas ist online kostenlos nutzbar und unter folgendem Link einsehbar:

www.sportatlas-sachsen-anhalt.de

Der Sportatlas Sachsen-Anhalt ist deutschlandweit so in seiner Form noch einzigartig, doch Anfragen weiterer Bundesländer sowie Institutionen verdeutlichen die Richtigkeit des neu gewählten Ansatzes.



ZUKUNFT DER SPORT- INFRASTRUKTUR IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

Uwe Lübking

Sport und Freizeit sind Standortfaktoren und unverzichtbarer Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge

Sport und Freizeit sind in der heutigen Gesellschaft wichtige Standortfaktoren und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität in den Städten und Gemeinden. Große Teile der Bevölkerung erwarten ein attraktives Sport- und Freizeitangebot. Wichtige Aufgabe der Kommune ist es daher, wohnortnahe Spiel- und Sportanlagen für ihre Bürger*innen zur Verfügung zu stellen. Dabei geht es um mehr als den Spaß oder die Freude an Bewegung. Sport fördert nicht nur das persönliche Wohlbefinden, sondern vermittelt soziale Kompetenzen und ermöglicht allen Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Eine Stadt oder Gemeinde ohne Sport ist nicht denkbar. Sport gehört zur kommunalen Identität und ist ein unverzichtbarer Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge.

In diesem Zusammenhang muss den Städten und Gemeinden die besondere Bedeutung des Sports mit seinen vielfältigen Angeboten bewusst werden oder bleiben. Sportvereine leisten nicht nur einen Beitrag zum Gemeinwohl und sind maßgeblich für die Aufrechterhaltung des Leistungs-, Breiten-, Freizeit- und Gesundheitssports verantwortlich. Der Sport hat sich längst als eine öffentliche Querschnittsaufgabe etabliert, die sich unter anderem auf die Politikfelder Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Freizeit und Gesundheit erstreckt. Der gesellschaftliche, soziale, aber auch der ökonomische Beitrag des Sports ist ein unentbehrlicher Bestandteil eines funktionierenden örtlichen Gemeinwesens.

Die kommunale Sportpolitik muss der beschriebenen gesellschaftlichen Bedeutung des Sports und den dahinterstehenden Potenzialen der Mitgestaltung der Lebenswelt vor Ort Rechnung tragen. Dazu gehört, diese Potenziale zu erkennen. Die Kommunen sollten gegenüber den Vereinen aber auch deutlich machen, was sie von ihnen an Unterstützung erwarten. Es sollten vor

Ort zwischen den Kommunen und dem organisierten Sport im Rahmen der Sportförderung klare Ziele und Schwerpunkte der Zusammenarbeit definiert und benannt werden.

Die Sportförderung sollte nicht bedingungslos erfolgen, sondern unter der Prämisse, was der Sport zum Erreichen der Stadtziele beitragen kann. Dies setzt voraus, dass sich Städte und Gemeinden dieser Ziele bewusst sind und die Potenziale des Sports erkennen sowie die im Wesentlichen ehrenamtlich erbrachten Leistungen der Sportvereine anerkennen und unterstützen. Dies gilt gerade für die kleinen ehrenamtlich geführten Vereine. Weitere zwingende Voraussetzung ist, dass in den Kommunalverwaltungen und der Kommunalpolitik die Querschnittsfunktion des Sports wahrgenommen wird und sich in der Zusammenarbeit der Fachämter widerspiegelt.

Besonderheiten ländlicher Räume

In ländlichen Regionen sind die Sportvereine häufig die letzten Freizeitanbieter. Genau hier setzen die besonderen Probleme in den strukturschwachen ländlichen Räumen an. Die Angebote der sozialen Daseinsvorsorge und Teilhabemöglichkeiten der Menschen vor Ort entscheiden über die Lebensqualität und sind für Kommunen wichtige Standortfaktoren.

Ländliche Räume mit ihren Kleinstädten und Gemeinden weisen hier sehr unterschiedliche Potenziale und Herausforderungen auf. Einerseits gibt es prosperierende ländliche Regionen mit hoher Lebensqualität, andererseits gibt es solche mit gravierenden ökonomischen und sozialen Defiziten. Eine dünne Besiedlungsdichte und größere Entfernung zu den Zentren bringen besondere Herausforderungen für flächendeckende Versorgungs- und Mobilitätsangebote mit sich. Dies betrifft auch die Sportentwicklung und damit die Frage der Bereitstellung von Sport- und Bewegungsräumen.

Ein typisches Beispiel: Die Gemeindeverwaltung will den Sportplatz in einem Ortsteil aufgeben, weil dieser sanierungsbedürftig ist. Es muss das Flachdach erneuert, die Wände und das Fundament abgedichtet, die Sanitärräume grundlegend erneuert, Fenster und Türen ausgetauscht, zum Teil die Grundleitungen saniert sowie die Heizkörper und die Elektrik erneuert werden. Die Verwaltung schätzt die Kosten auf 90.000 Euro. Gegen eine Sanierung spricht, dass der Sportplatz nicht ausgelastet ist. Der Verein hat derzeit nur eine Herrenfußballmannschaft, die den Platz ständig nutzt, und zwei Jugendspielgemeinschaften. Die Mannschaften könnten auf einen anderen Platz ausweichen. Aber nicht nur der Sportverein hängt an dem Sportplatz. Die Dorfgemeinschaftsjugend richtet dort Veranstaltungen für das ganze Dorf aus. Die gemeinnützige Jugendhilfeeinrichtung nutzt den Platz ebenfalls. Direkt neben dem Gelände befinden sich der Grillplatz und der Rodelberg. Eine Schließung des Platzes würde sich somit auf das gesamte Dorf auswirken.

Damit werden die Unterschiede zwischen wachsenden Ballungsgebieten und den strukturschwachen ländlichen Räumen deutlich: Während es in den wachsenden Städten aufgrund der Flächenkonkurrenz immer schwieriger wird, Räume für den Sport zu schaffen oder zu erhalten, sind in den ländlichen Räumen die Flächen vorhanden, den Vereinen fehlt es aber an Mitgliedern oder die Kommunen verfügen nicht über die finanziellen Mittel zur Erhaltung der Sportstätten.

Die demografische Entwicklung, das Sportverhalten der Bevölkerung, die fortschreitende flächendeckende Einführung von Ganztagschulen und nicht zuletzt die Finanzlage der Städte und Gemeinden beeinflussen die Zukunft der Sportinfrastruktur. So wird sich das Spektrum der Sportanlagen verändern. Nur noch ein Drittel der Sportaktivitäten finden in Sportvereinen statt, zwei Drittel werden dagegen individuell und unorganisiert durchgeführt. Über 50 Prozent der aktiven Menschen nutzen den öffentlichen Raum für ihre Aktivitäten.

Auch der demografische Wandel hat Auswirkungen auf das Bewegungsverhalten. Kinder und Jugendliche interessieren sich neben den Mannschaftssportarten z.B. für Trendsportarten, während für ältere Menschen Fitness, Radfahren, Wandern oder Schwimmen im Vordergrund stehen. Sowohl die Verschiebung in der Altersstruktur als auch die Nachfrage nach Sportarten haben Auswirkungen auf die Sportinfrastruktur. Wenn in einer kleineren Kommune im ländlichen Raum aufgrund der Altersstruktur z.B. keine Fußballmannschaften für den Wettkampfsport vorhanden sind, stellt sich für eine Kommune zwangsläufig die Frage, ob der möglicherweise sanierungsbedürftige Sportplatz erhalten bleibt oder nicht oder sogar noch eine Kunstrasenplatz gebaut wird. Wenn man perspektivisch von einem weiteren Anwachsen des Freizeit- und vor allem des Gesundheitssports eventuell zu Lasten des wettkampforientierten Vereinssports ausgehen könnte,

wirft dies zwangsläufig Fragen nach einer bedarfsorientierten Planung von Sportstätten auf. Dies gilt besonders in ländlichen Räumen, da dort nicht erwartet werden kann, dass es ein Nebeneinander der ganz unterschiedlichen Sportstätten geben kann. Von daher wird man dort vielmehr Wert auf multifunktionale Sportstätten legen müssen.

Regelkonforme Sportanlagen, also an Bestimmungen des Wettkampfsports orientierte Sportanlagen, bleiben bedeutsam, werden jedoch durch mehr regeloffene Sportanlagen und Sportfreianlagen ergänzt. Die schnelle Erreichbarkeit für Kinder, Jugendliche und wenig mobiler Älterer wird an Bedeutung gewinnen. Beispiele sind Freizeit- und Sportparks, die für Jung und Alt attraktive Beteiligungsmöglichkeiten bietet. Die Palette reicht von Ballspielen und Kleinspielflächen bis zu Fitnessparcours. In bevölkerungsarmen Regionen werden große Sportanlagen allerdings nur an zentralen Standorten vorgehalten werden können. Bei Sportstätten mit Sanierungsbedarf muss stets geprüft werden, ob sie in dieser Form noch benötigt werden und dem aktuellen und tatsächlichen Bedarf der Sporttreibenden entsprechen. So können Fehlinvestitionen vermieden werden.

Sportförderung

Die Städte und Gemeinden sind der größte öffentliche Sportförderer. Sie stellen nicht nur die Sportstätten zur Verfügung, sondern gewähren Zuschüsse an Vereine mit eigenen Sportanlagen und für Übungsleiter oder die Jugendarbeit der Vereine, unterstützen den Sport für und mit besonderen Zielgruppen und beteiligen sich an Ehrungen. Sport kostet Geld und unstreitig bedroht die finanzielle Notlage vieler Städte und Gemeinden auch die Förderung des Sports. Aus der Schiefelage zahlreicher kommunaler Haushalte folgt, dass Sportsubventionen nicht mehr so reichhaltig fließen können wie in Zeiten besserer Finanzausstattung. Eine Krise der Kommunalfinanzen ist immer auch eine Krise des Sports.

Die finanzielle Lage der Kommunen macht es erforderlich, eine kooperative Sportentwicklungsplanung zu etablieren und dabei die konkreten Bedürfnisse der Bevölkerung zu berücksichtigen. Nur so können angesichts geringerer oder fehlender finanzieller Spielräume Prioritätensetzungen vorgenommen und Fehlinvestitionen vermieden werden. Diese Maßnahmen sollten gemeinsam mit den Akteuren vor Ort geschehen. Dabei sollte man sich von den Zielsetzungen der Förderung der Gesundheitssituation der Gesamtbevölkerung, der Integration sogenannter „Randgruppen“, der besonderen Förderung von Kindern sozial benachteiligter Familien sowie der Verzahnung mit anderen kommunalen Aufgabefeldern, wie zum Beispiel der Familien- und Jugendhilfe, den Schulen und der Sozialarbeit leiten lassen.

Auch die Vereine stehen aufgrund des demografischen Wandels, der Individualisierung und dem veränderten Sportverhalten vor neuen Herausforderungen. Diese müssen die Vereine im Rahmen ihrer Autonomie selber lösen. Wenn allerdings die Vereine um die Nutzung kommunaler Sportanlagen streiten, sollte die Kommune ihre Möglichkeiten nutzen, durch Förderrichtlinien eine effiziente Nutzung und Bewirtschaftung der Sportanlagen sicherzustellen. Dazu kann auch gehören, die Vereine bei vergleichbaren Sportangeboten zu Kooperationen anzuregen.

An dieser Stelle muss vor dem Trugschluss gewarnt werden, mit der gesetzlichen Festschreibung einer „kommunalen Pflichtaufgabe Sportförderung“ ließe sich trotz kommunaler Finanzkrise ein Mehr an kommunaler Sportförderung erreichen. Damit ließe sich nicht ein Euro zusätzlich für die kommunalen Haushalte generieren. Zwar ist es richtig, dass die sogenannten freiwilligen Leistungen gekürzt oder sogar gänzlich zur Disposition gestellt werden können. Vor Ort ist man aber in der Lage, im Rahmen der freiwilligen Selbstverwaltungsaufgabe die Sportförderung in angemessene Relation zu den sonstigen freiwilligen Aufgaben zu setzen, z.B. im Bereich Kultur, die ebenfalls aufrechterhalten werden müssen. Die Städte und Gemeinden sollten aufgrund der beschriebenen gesellschaftlichen Bedeutung des Sports diesen auf der Basis einer umfassenden Sportentwicklungsplanung weiterentwickeln und angemessen finanziell ausstatten. Der Sport versteht sich nicht als „Konkurrenzaufgabe“, sondern respektiert die Allzuständigkeit der Städte und Gemeinden und erkennt an, dass die sonstigen Aufgaben ebenfalls aufrechterhalten werden müssen.

Gemeinnützigkeit und freiwilliges Engagement stärken

Fundament des gemeinnützigen Sports ist das ehrenamtliche und freiwillige Engagement der in den Vereinen engagierten Menschen aller Altersgruppen. Ohne dieses Engagement können die mehr als 90.000 Sportvereine nicht existieren und nicht die vielfältigen dargestellten gesellschaftlichen Aufgaben erfüllen. Bund und Länder sind aufgerufen, das Ehrenamt weiter zu stärken und von bürokratischen Hürden zu befreien. Auf Ebene der EU sollte sich der Bund für die Besonderheiten des gemeinnützigen Vereinssports in Deutschland einsetzen. Vom Zuwendungsrecht über die Steuerpolitik bis zu Integrationsmaßnahmen sollte der Bund Entlastungen für den gemeinnützigen Sport umsetzen. Die Städte und Gemeinden sollten die gesellschaftspolitische Arbeit der Vereine nicht nur fördern, sondern mit anderen Institutionen in der Kommune, z.B. Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen usw. vernetzen. Um Bürgerinnen und Bürger für die Vereine zu interessieren, sollten regelmäßig öffentliche Ehrungen in den Städten und Gemeinden für Sportler*innen, aber auch für besonderes bürgerschaftliches Engagement stattfinden.

Sanierungsstau

Neben dem ehrenamtlichen Engagement sind die Sportstätten die zentrale Ressource des organisierten Sports und zentrale Voraussetzung für Sport und Bewegung. Die Städte und Gemeinden stellen die Sportinfrastruktur zur Verfügung und fördern Sportvereine auch beim Betrieb von Sportanlagen. Auch wenn die Anteile vereinseigener Sportanlagen und kommerzieller Sportanbieter zunehmen, sind die Städte und Gemeinden der größte Anbieter von Sportstätten. Von den 3,9 Mrd. Euro, die Bund, Länder und Kommunen für die Sportförderung ausgeben, entfallen knapp 80 Prozent auf die Kommunen.

Der DOSB weist darauf hin, dass an den rund 230.000 Sportstätten ein Sanierungsstau von mehr als 31 Milliarden Euro besteht. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beziffert den Investitionsbedarf für Sportstätten und Schwimmbäder mit rund 10 Mrd. Euro (ohne Schulsportanlagen). Von daher ist es nachvollziehbar, dass der DOSB aber auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) an Bund, Länder und Kommunen appellieren, den Sanierungsbedarf konsequent in den Blick zu nehmen und nachhaltig zur Beseitigung des Sanierungsstaus beizutragen. Unstreitig haben die Konjunkturprogramme I und II sowie die aktuellen Investitionshilfen des Bundes geholfen, die Sportinfrastruktur zu verbessern. Der Sanierungsstau kann dadurch aber nicht auf Dauer gelöst werden. Die Städte und Gemeinden müssen in der Lage sein, die Sportanlagen als unverzichtbaren Bestandteil der Daseinsvorsorge durch Neu- und Umbau sowie Sanierung weiterzuentwickeln. Eine besondere Herausforderung ist der Erhalt und die Modernisierung der Schwimmbäder. Ca. 50 Prozent dieser Anlagen weisen teilweise einen erheblichen Sanierungsstau auf.

Im Barnstorfer Ortsteil Sundering in Niedersachsen weist die Sporthalle gravierende Mängel auf. Eine Sanierung wurde bisher aus Kostengründen abgelehnt. Der Antrag auf Fördermittel des Bundes ist nicht berücksichtigt worden. Denn auf den 100-Millionen-Euro-Topf hatten es nicht nur die Barnstorfer abgesehen. Insgesamt sind rund 1.300 Interessenbekundungen eingegangen. Damit wurde die aktuelle Förderrunde 13-fach überzeichnet. Ob das Förderprogramm fortgesetzt wird, ist ungewiss. Unter Umständen kommen auch andere Förderprogramme des Bundes und der Länder für den Neubau einer Sporthalle in Betracht, etwa die Städtebauförderung oder der Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“. Auch die Länder haben eigene Förderprogramme. Diese unterscheiden sich in den Fördervoraussetzungen, den Förderquoten und der Eigenbeteiligung. Gerade in den kleineren Städten und Gemeinden und Vereinen fehlt es an Transparenz dieser Förderprogramme. Es wäre hilfreich, wenn diese Transparenz hergestellt würde und Bund und Länder eine abgestimmte nachhaltige Investitionsförderung verabreden könnten.

Sportentwicklungsplanung

Eine umfassende Sportentwicklungsplanung ist für eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung und Vereine mit Sportstätten notwendig. Die Sportentwicklungsplanung, legt vielfach das Augenmerk noch zu stark auf klassische Sportstätten. Eine solche Sportentwicklungsplanung berücksichtigt das tatsächliche Interesse der örtlichen Bevölkerung nicht oder nicht ausreichend. Es muss immer darum gehen, alle Zielgruppen im Blick zu haben und die Bewegungsräume auf sie auszurichten.

Voraussetzung für eine Planung ist die Kooperation und Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure einer Kommunalverwaltung mit ihren teilweise divergierenden politischen Zielrichtungen. Dies bedingt in Teilen auch die Zusammenarbeit von Gemeinden und Landkreisen. Diese unterschiedlichen Interessen gilt es mit Blick auf eine bewegungsfreundliche Gemeinde zusammenzubringen und in eine integrierte Sportentwicklungsplanung einfließen zu lassen. Dazu gehört, diese Planung mittels kooperativer Verfahren unter Beteiligung der Akteure des Sports, aber auch der Bevölkerung insgesamt zu entwickeln. Dies wird nicht ohne Reibungsverluste gehen, da die Interessen z. B. zwischen organisiertem und nicht organisiertem Sport, zwischen Jüngeren und Älteren divergieren können.

Ziel einer integrierten Sportentwicklungsplanung sollte es aber sein, Angebote für alle Generationen, für alle Formen der Bewegung zu schaffen. Daraus folgt, dass eine gemeinschaftliche Sportentwicklungsplanung zunächst Bestandteil einer integrativen Sportentwicklungsplanung sein sollte. Ein Kriterium dieser Planung ist die Partizipation und die Kooperation mit möglichst vielen Akteuren, Nutzern und betroffenen Bevölkerungsgruppen. Die Umsetzung der integrierten kommunalen Sportentwicklungsplanung inklusive der Sportraumentwicklungsplanung kann und sollte im Sinne einer Bewegungsraumplanung je nach Größenordnung der Stadt auf der Ebene der gesamten Gemeinde in den Dörfern oder Stadtebenen bzw. der Ebene der Quartiere erfolgen. Die Kooperation mit dem organisierten Sport vor Ort wird dabei immer eine besondere Rolle spielen. Im ländlichen Raum sollten auch interkommunale Planungen zum gemeinsamen Betrieb von Sportanlagen erfolgen. So ist es denkbar, dass zwei Gemeinden ihre sanierungsbedürftigen Schwimmbäder schließen, gemeinsam ein neues Schwimmbad bauen und ein Schwimmbadbus zwischen den Gemeinden pendelt. Den Vereinen muss klar sein, dass gerade in ländlichen Regionen nicht mehr immer und überall Sportanlagen zur Verfügung stehen werden, die alle Sportarten abdecken können.

Um die Potenziale des Sports zu nutzen und der Sportförderung gerecht zu werden, bedarf es in den Kommunen entsprechender Verwaltungsstrukturen. Es müssen Verantwortliche in den Verwaltungen, aber auch

der Kommunalpolitik vorhanden sein, die die Belange des Sports berücksichtigen und diese aktiv in die verwaltungsinternen Abstimmungsprozesse und kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse sowie in die Abstimmung der Fachplanungen einbringen und als Ansprechpartner für den Sport zur Verfügung stehen. Es bieten sich je nach Größe eine eigene Sportfachverwaltung (Sportamt) oder eine Sportfachabteilung, einen Fachbereich Sport, der sich gegebenenfalls auch mit anderen Aufgaben, wie z. B. der Schule, befasst. Zumindest muss es konkrete Ansprechpartner für den Sport in der Kommune geben.

ZUKUNFT DER SPORT- VEREINE IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

Lutz Thieme

Sport und Bewegung in Deutschland

„Sportvereine“ gibt es seit gut zweihundert Jahren. Nur wenige Organisationstypen können auf eine derart lange Existenz zurückblicken. Bereits die ersten Sportvereine haben individuelle Ressourcen ihrer Mitglieder gebündelt und deren Einsatz in strukturierten Aushandlungsprozessen bestimmt. Der Kern aus Ressourcenbündelung und Entscheidung hat sich in Sportvereinen bis heute erhalten, obgleich die gesellschaftlichen Bedingungen, in denen die Sportvereine agieren, mit denen von vor zweihundert Jahren nicht mehr zu vergleichen sind. Offensichtlich hat es der Sportverein in Deutschland geschafft, mit unterschiedlichsten Umweltbedingungen und gesellschaftspolitischen Einflüssen zurecht zu kommen und Menschen zu veranlassen, sich für seine Ziele ehrenamtlich zu engagieren. Dabei sind auf den ersten Blick keine Unterschiede zwischen den Sportvereinen in Städten und denen in ländlichen Regionen zu erkennen. Die Persistenz der Sportvereine ist bereits ein erstaunlicher Befund, auch oder weil Vereinen allgemein eher eine organisationale Trägheit nachgesagt wird.

Eine 200-jährige Tradition und ein bis heute erfolgreicher Organisationswandel ist jedoch kein Garant dafür, auch in den nächsten 100 oder gar 200 Jahren als Organisationsform flächendeckend überleben zu können. Was lässt sich aber nach 200 Jahren Sportvereinen und mehr als 40 Jahren Sportvereinsforschung (Anders, 2017) zur Zukunft der Sportvereine in Stadt und Land sagen, ohne zu viel zu spekulieren? Vor allem: Stehen die Sportvereine in ländlichen Regionen aktuell vor anderen Herausforderungen als die Sportvereine in urbanen Gegenden? Und wenn ja: Kann daraus auf notwendige Anpassungen geschlossen werden, die zu einem Auseinanderdriften der Sportvereine in Stadt und Land führen?

Der Beitrag kann auf diese Fragen keine Antworten geben, schon gar nicht abschließende. Nach einem kurzen Blick zurück, richtet sich der Blick auf die Organisa-

tionsform „Sportvereine“ und auf mögliche strukturelle Unterschiede zwischen Stadt und Land. Viele empirische Untersuchungen geben Hinweise darauf, mit was Sportvereine aktuell zu kämpfen haben, aber so gut wie keine nimmt sich dabei den Sportvereinen im ländlichen Raum in besonderem Maße an. Im Beitrag soll versucht werden, die aktuellen Herausforderungen entsprechend der regionalen Einbindung der Sportvereine in urbane bzw. ländliche Regionen zu differenzieren.

Wo kommt der Sportverein her?

Die Wurzeln des modernen Sports reichen über 3.000 Jahre bis in die griechische Antike zurück. Gerade in den Stadtstaaten des Mittelmeerraums gab es bereits körperkulturbezogene Praktiken, bevor dann die antiken Olympischen Spiele das griechische Bildungsideal, aber auch die Verbindung zwischen Körperertüchtigung und kriegerischer Wehrhaftigkeit verkörperten. Schon damals ermöglichten spezifische Bauwerke die doppelte Funktion der Körperertüchtigung, nämlich die auf den Körper bezogene physische Ertüchtigung und die Präsentation der Leistung vor einem möglichst großen Publikum. Derartige spezifische Bauten gab es zwar auch außerhalb der antiken Metropolen. Sowohl die Bauwerke als auch die in ihnen ausgeübten sportlichen Praktiken orientierten sich jedoch an denen der Hauptstädte.

Im Mittelalter prägten Kampf- und Ritterspiele mit ihrem starken Bezug auf zentrale Fähigkeiten für die damalige Kriegsführung die physische Ertüchtigung einer relativ schmalen gesellschaftlichen Schicht. Außerhalb des Rittertums waren körperliche Ertüchtigungen aufgrund der hohen physischen Beanspruchung im täglichen Leben nicht funktional oder waren kein Bestandteil des Lebensstils der höfischen Gesellschaft.

Im 19. Jahrhundert beginnt die Zeit des modernen Sports. 1811 entsteht der erste Turnplatz auf der Hasenheide in Berlin, zahlreiche Flussbäder werden eingerichtet.

Auf Rummel- und Festplätzen präsentieren sich Preisboxer und Kraftakrobaten, auf Rennbahnen sind nicht nur Pferde- und Laufwettbewerbe zu sehen, man kann auch auf den Ausgang des Wettbewerbs wetten. Neben den geplant gebauten Sportstätten beginnt der Sport auch den öffentlichen Raum zu erobern. Turn- und Sportvereine organisieren Schauvorführungen und Wettkämpfe, gewinnen hierdurch Mitglieder und Unterstützer, dringen in die Mitte der bürgerlichen Gesellschaft vor und finden auch im Arbeitermilieu Verbreitung (vgl. Behringer, 2012). Dies hilft auch bei der Etablierung des Schulsports, der in Bayern 1861 Pflichtfach wird. Zuvor wurde 1852 in Darmstadt bereits die erste Schulturnhalle errichtet. Die ältesten Sportvereine, die heute noch aktiv sind, sind der TSV Friedland 1814 e.V. in Mecklenburg sowie die Hamburger Turnerschaft von 1816 r.V. (rechtsfähiger Verein).

In ländlichen Regionen entstehen Formen der Jagd, von Wettläufen und Pferderennen, die stärker den neuen sportlichen Ideen als traditionellen Gesichtspunkt folgen. Waren die Gründungen der Turn- und Sportvereine vielfach auch vom Wunsch getragen, neben dem gemeinsamen Sporttreiben eine (vereinseigene) Übungs- und Wettkampfstätte zu erlangen, gewinnen öffentlich finanzierte Sportstätten im Laufe der Zeit zunehmend an Bedeutung.

So wandelte sich das Verhältnis von vereinseigenen Sportstätten zu öffentlich finanzierten Sportstätten im Zuge der Umsetzung des „Goldenen Planes“, dem 1959 von der Deutschen Olympischen Gesellschaft verkündeten Bauprogramms, in das zwischen 1960 und 1975 insgesamt ca. 17,4 Mrd. DM flossen, deutlich. Von dieser Stärkung der Sportstätteninfrastruktur profitierte natürlich nicht nur der Schul-, sondern vor allem der Vereinssport in Stadt und Land, dem es zudem gelang, mit Kampagnen wie „Trimm Dich – durch Sport“ und einer programmatischen Hinwendung zum „Sport für alle“ die Vereine gegenüber breiten Gesellschaftsschichten zu öffnen und sich aus dem städtischen Umfeld zu befreien. Sportvereine entstehen auch außerhalb urbaner Regionen und kanalisieren das Bedürfnis nach Identität und dem Austragen von Rivalität in sportlichen Auseinandersetzungen. Infolge dessen stieg die Zahl der Sportvereine seit den 1960er Jahren von damals rund 5,3 Mio. Mitgliedschaften auf rund 27 Mio. im Jahre 2000 und die Zahl der Sportvereine von rund 29.500 auf knapp 90.000. Seitdem sind allerdings keine nennenswerten Zuwächse bei den Mitgliedschaften oder bei der Zahl der Sportvereine mehr zu verzeichnen.

Festzustellen ist somit, dass die Etablierung von Sportvereinen auf dem Land zunächst durch einen hohen Anteil an körperlicher Arbeit in der Landwirtschaft gebremst war und sich der Freizeit- und Gesundheitssport als Ausdruck urbanen Lebensstils zunächst in ländlichen Regionen später durchgesetzt hat. Ländliche Gemeinschaften begünstigen dagegen die Entstehung

von Wettkampfsport orientierten Sportvereinen als Identifikation- und Abgrenzungsmöglichkeit gegen andere Ortschaften vor allem durch Wettkampfsport. Eine dünnere Besiedlung erschwert dabei die Errichtung von gedeckten Sportstätten als Kristallisationspunkt zur Etablierung von Sportvereinen.

Was hält Sportvereine zusammen?

Organisationssoziologisch kann der Sportverein als Ressourcen- und Entscheidungspool aufgefasst werden. Die Sportvereine sind Ressourcenbündelungen, weil sich individuelle Akteure entscheiden, ihre Verfügungsrechte über ihnen zustehende Ressourcen in den Sportverein einzubringen. So gibt beispielsweise jedes Sportvereinsmitglied mit der Zahlung des Mitgliedsbeitrags sein Recht ab zu bestimmen, was mit seinem Mitgliedsbeitrag passiert. Stattdessen obliegt es den Kollektivorganen des Sportvereins, beispielsweise der Mitgliederversammlung bzw. dem Vorstand, über die Verwendung der durch den Sportverein gepoolten Mitgliedsbeiträge zu entscheiden.

Die Sportvereinsmitglieder bringen im Wesentlichen drei Ressourcenarten in den Sportverein ein, nämlich Mitgliedsbeiträge, Zeit in Form ehrenamtlichen Engagements sowie Zeit zur Mitwirkung an der Entscheidungsfindung, was mit dem entstandenen Ressourcenbündel gemacht werden soll.

Ein individueller Akteur leistet dann einen Beitrag zum Ressourcenbündel, wenn mit Hilfe des damit entstehenden kollektiven Akteurs seine individuellen Ziele erreicht oder besser erreicht werden können, als mit separatem individuellen Handeln (Thieme, 2018). Der für eine Sportvereinsmitgliedschaft notwendige Beitrag zum Ressourcenbündel ist nur in Bezug auf die Höhe des Mitgliedsbeitrags spezifiziert, nicht jedoch hinsichtlich des aufzubringenden ehrenamtlichen Engagements bzw. der Mitwirkung an Entscheidungsprozessen. Die Bereitschaft, den Ressourcenpool zu füllen und an Entscheidungen mitzuwirken ist dabei abhängig von

- 1 der Übereinstimmung der individuellen Interessen mit den Zielen des Sportvereins,
- 2 der Homogenität der Interessen innerhalb eines Sportvereins, wobei hier eine sinkende Homogenität zunächst durchaus eine Attraktivitätssteigerung bewirkt, jedoch nach einem Maximum eine weiter sinkende Homogenität zu einer wachsenden Differenz zwischen individuellen Interessen und Vereinszielen führen sollte, sowie
- 3 vom Grad der Nutzung der vom Sportverein bereitgestellten Angebote.

Ein Entscheidungspool ist der Sportverein, weil er strukturell und praktisch kollektive Handlungsrouniten entwickeln muss, die zu Entscheidungen führen, wie viel der verfügbaren Ressourcen für welche Zwecke einge-

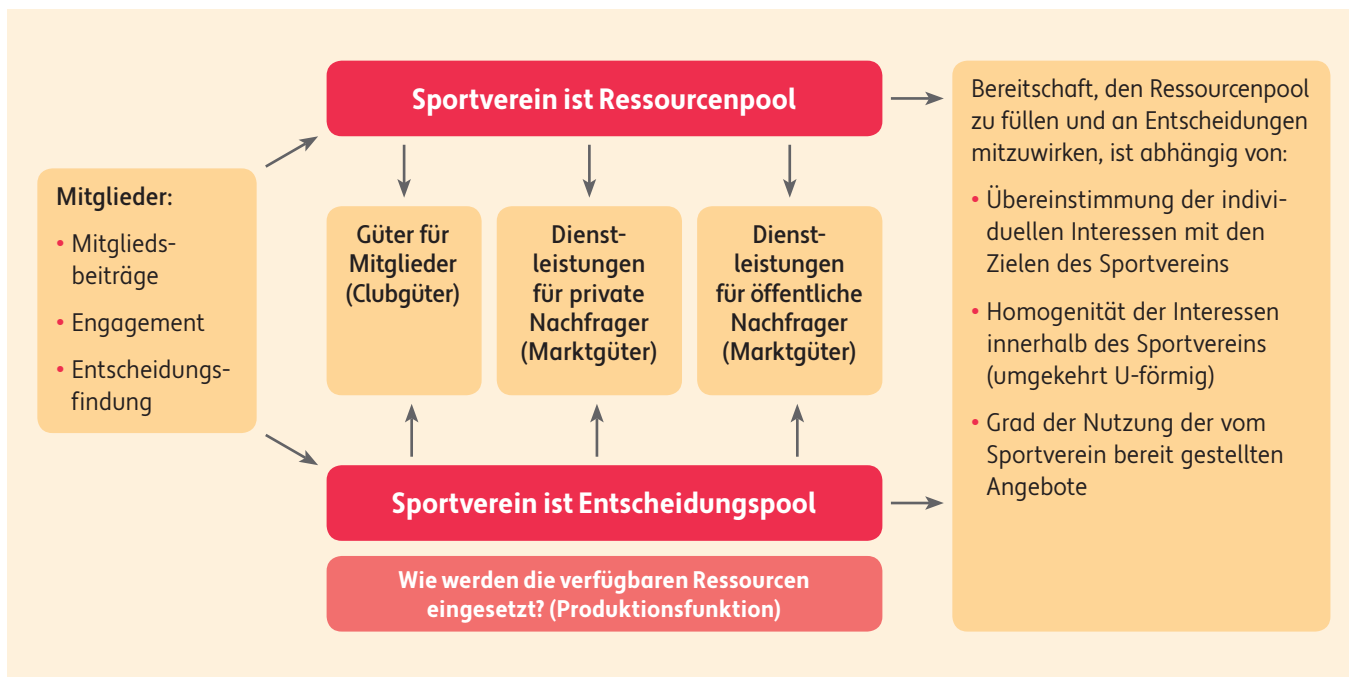


Abb. 1: Der Sportverein als Ressourcen- und Entscheidungspool

setzt werden. Formale Regelungen zu solchen Entscheidungsstrukturen finden sich in den Vereinssatzungen, im praktischen Vollzug haben jedoch u.a. auch informelle Gespräche oder Gruppen Einfluss auf die jeweiligen Entscheidungen.

Prinzipiell können die verfügbaren Ressourcen für drei Typen von Leistungen bereitgestellt werden. Erstens können Ressourcen darauf verwendet werden, Leistungen für die Mitglieder zu erstellen. Im ökonomischen Sprachgebrauch handelt es sich hierbei um Clubgüter (Buchanan, 1965). Zweitens können die Ressourcen zur Erstellung von Dienstleistungen für private Nachfrager eingesetzt werden. Beispiele hierfür sind Kurse für Nichtmitglieder oder frei buchbare Weiterbildungsveranstaltungen oder Sportreisen. Die dritte Möglichkeit ist der Einsatz für öffentliche Nachfrager. Hier wären das Engagement von Sportvereinen in Ganztagschulen, in öffentlichen Programmen zur Gewaltprävention oder zur Integration Beispiele.

Abbildung 1 verdeutlicht die Charakterisierung des Sportvereins als Ressourcen- und Entscheidungspool. Für weitergehende theoretische Grundlagen wird auf die Beiträge in Thieme (Hrsg., 2017) verwiesen.

Der Sportverein als Ressourcen- und Entscheidungspool konstituiert Sportvereine unabhängig von den Siedlungs- und Infrastrukturen, in denen Sportvereine wirken. Während vormals Differenzen eher an der verwaltungstechnisch orientierten Unterscheidung zwischen Stadt und Nicht-Stadt, also Land, gezogen wurde, sind insbesondere in Ballungsgebieten auch Gemeinden im Umfeld großer Städte entstanden, die sich strukturell nicht von städtischen Räumen unterscheiden. Insofern müsste die ursprüngliche Stadt-Land-Differenzierung

zugunsten einer Unterscheidung zwischen urbanen und ländlichen Räumen aufgegeben werden. In urbanen Räumen sind Sportvereine neben ihrer klassischen Funktion als Ressourcen- und Entscheidungspool auch als Dienstleister sowie als Sozialisationsinstanzen mit Gemeinschaftsbezug anschlussfähig zu verschiedenen gesellschaftlichen Milieus. Durch den Bezug des Alltags auf Kernstädte (längere Fahrwege zu Schule und Arbeit, Einkauf und Kultur) bei anonymeren Sozialstrukturen sind Sportvereine eine der wenigen Möglichkeiten zur Schaffung von Identifikation und der Produktion von Sozialkapital. In ländlichen Räumen profitiert der Sportverein von seiner lokalen Verwurzelung. Fällt jedoch die Engagementbereitschaft jüngerer Bewohner*innen unter ein Mindestmaß, ist der Verein mittelfristig in seiner Existenz bedroht.

Mit was haben Sportvereine in urbanen und ländlichen Regionen aktuell zu kämpfen?

Mittlerweile liegt eine Vielzahl von Untersuchungen vor, die sich mit den durch die Sportvereine wahrgenommenen bzw. messbaren Veränderungen von Problemen beschäftigen (z. B. Breuer, 2017; Emrich, Pierdzioch, 2014; Emrich, Pitsch, Flatau, 2010; Schlesinger, Nagel, 2011; Thieme, Wallrodt, 2018; Thieme, Liebetreu, Wallrodt 2017). Diese lassen sich in fünf Punkten zusammenfassen:

- Kommunale Sportstätten
- Ehrenamt
- Gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Herausforderungen
- Demografische Entwicklung
- Digitalisierung

Bedingt durch die hohe Investitionstätigkeit in den 1960er bis 1980er Jahren und nicht nachhaltiger Werterhaltungen im Bestand der öffentlichen Immobilien ist der Zustand vieler Sportstätten aktuell nicht mehr mit den Anforderungen an Sicherheit, Unfall-schutz und Hygiene vereinbar. Belastbare Zahlen über den Sanierungsstau fehlen jedoch. Die Sportstätten-situation wird zudem durch die Ausdifferenzierung der Sportbedürfnisse verschärft, so dass normierte Sport-anlagen mit einer sportartenorientierten Grundaus-stattung immer weniger den Sportbedürfnissen der Menschen entsprechen. Technologische Entwicklungen, wie beispielsweise die Etablierung von Kunstrasenplät-zen verschärfen zudem die Differenzen zwischen den Vereinen, die über entsprechende Sportstätten verfü- gen und denen, die mit baulich und technologisch ver- alteten Sportstätten auskommen müssen.

In manchen Fällen setzen Fachverbände Ausstattungs- standards für den Ligenbetrieb durch, die nicht ohne weiteres durch die Besitzer der Sportstätten, seien dies nun Sportvereine oder Kommunen, realisiert werden können. Nicht zur Entspannung der Sportstättensitua- tion beigetragen hat zudem die Entwicklung der Schullandschaft. Ganztagschulen belegen nunmehr Sportstätten in Zeiten, die in der Vergangenheit dem Vereinssport vorbehalten waren. Allerdings ist auch zu konstatieren, dass es bislang nicht gelungen ist, das Belegungsmanagement technisch und prozessual so zu qualifizieren, dass Unterbelegungen oder Leerzeiten substanziell vermieden werden.

Aktuell sind keine Erhebungen bekannt, nach denen die Ausstattung mit kommunalen Sportstätten und/ oder deren baulicher Zustand sich zwischen urbanen und ländlichen Räumen unterscheiden. Entsprechende Untersuchungen hätten zudem den Verschuldungsgrad der jeweiligen Kommunen zu kontrollieren. Gerade in Ballungsgebieten wird von „Speckgürteln“ gesprochen, deren wirtschaftliche Situation sich positiv von der der Metropole unterscheidet. Hier dürften Unterschiede in der Sportstättenausstattung und im -zustand dann nicht auf die Siedlungs- oder Verwaltungsstruktur, son- dern auf die Haushaltskraft der jeweiligen kommunalen Gebietskörperschaft beziehen.

Sportvereine berichten immer wieder von Problemen bei der Gewinnung und Bindung von ehrenamtlich Engagierten. Empirisch ist jedoch kein Rückgang des Engagements bzw. der Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement zu sichern (z. B. Simonson, Vogel, Tesch- Römer, 2017). Zudem ist eine Differenz zwischen dem subjektiv berichteten Ausmaß und dem tatsächlichen Grad der Schwierigkeit nachzuweisen. Beispielsweise finden Thieme, Liebetreu und Wallrodt (2017) in einer regionalen Studie für die rheinland-pfälzischen Sport- vereine eine durchschnittliche Größe des Vorstandes von 12 Personen bei einer durchschnittlichen Nichtbe- setzung von 10 Prozent. Bei gleicher Anzahl nichtbe- setzter Vorstandspositionen erfolgt eine völlig diverse

Einschätzung zur Stärke des Problems, was nicht durch eine ggf. unterschiedliche Bedeutung von Vorstands- positionen zu erklären ist.

Auch in Bezug auf die Gewinnung und Bindung von ehrenamtlich Engagierten gibt es keine Erkenntnisse zu Differenzen zwischen ländlichen und urbanen Räumen. Erwartet werden könnte jedoch, dass zwei gegenläufige Mechanismen zu einer vergleichbaren Problemgröße führen. Während in ländlichen Räumen die sozialen Schließungsmechanismen in Sportvereinen tenden- ziell stärker sein dürften und damit auch potenziell zu ehrenamtlichem Engagement Bereitete es schwer haben dürften, innerhalb der Sportvereine Fuß zu fassen, ist die Rendite aus ehrenamtlichen Engagement in Form von sozialer Anerkennung und Reputation in Sportver- einen in kleinteiligeren sozialen Strukturen sicherlich höher als in großstädtischen Zusammenhängen.

Gesellschaftliche Veränderungen und gesellschafts- politische Anforderungen, denen Sportvereine aus- gesetzt sind, betreffen aktuell Themen wie Inklusion, Integration, Prävention gegen bzw. die Vermeidung von (sexualisierter) Gewalt, die Vermeidung von Dis- kriminierung und die Erwartung kooperativen Zusam- menwirkens beispielsweise mit (Ganztags-)Schulen, Quartiervereinen, Jugendhilfeeinrichtungen, Wohl- fahrtsverbänden oder Seniorenorganisationen. Ins- besondere mit Blick auf öffentliche Fördermittel oder dem kostenfreien bzw. kostengünstigen Zugang zu öffentlichen Sportstätten kann es notwendig werden, derartige gesellschaftliche bzw. gesellschaftspolitische Anliegen in die eigenen Ressourcenentscheidungen einzubeziehen, um die Legitimität der eigenen Arbeit nicht zu gefährden.

Dieser schwierige Abwägungsprozess wird unter im- mer komplexeren Rahmenbedingungen zu treffen sein. Jüngste Beispiele auf juristischem Gebiet sind dabei die Datenschutzgrundverordnung, die Wirkungen des Mindestlohns, die rechtlichen Rahmenbedingungen für geringfügig Beschäftigte oder das Gemeinnützig- keitsrecht. Die gesellschaftspolitischen Anforderungen dürften sich dabei in urbanen Räumen durch das un- mittelbare Nebeneinander vielfältiger differenzierter Wert- und Moralvorstellung schneller verdichten und konkret an Sportvereine richten, als dies in ländlichen Regionen der Fall sein dürfte. An entsprechenden Untersuchungen mangelt es jedoch auch hierfür.

Nur wenige Sportvereine können sich von der demo- grafischen Entwicklung in ihrem Einzugsgebiet positiv abkoppeln. Die Mitgliederzahlen, aber auch die Anzahl der Mannschaften, wird durch die demografische Ent- wicklung deutlich beeinflusst. Dabei liegen Zuzug in Regionen, Abwanderung und eine relativ stabile Bevöl- kerungsstruktur oft nur wenige Kilometer auseinander. Sportvereine in urbanen Regionen können einerseits von der Zuwanderung in die Ballungsgebiete profi- tieren, müssen sich jedoch andererseits mit deutlich

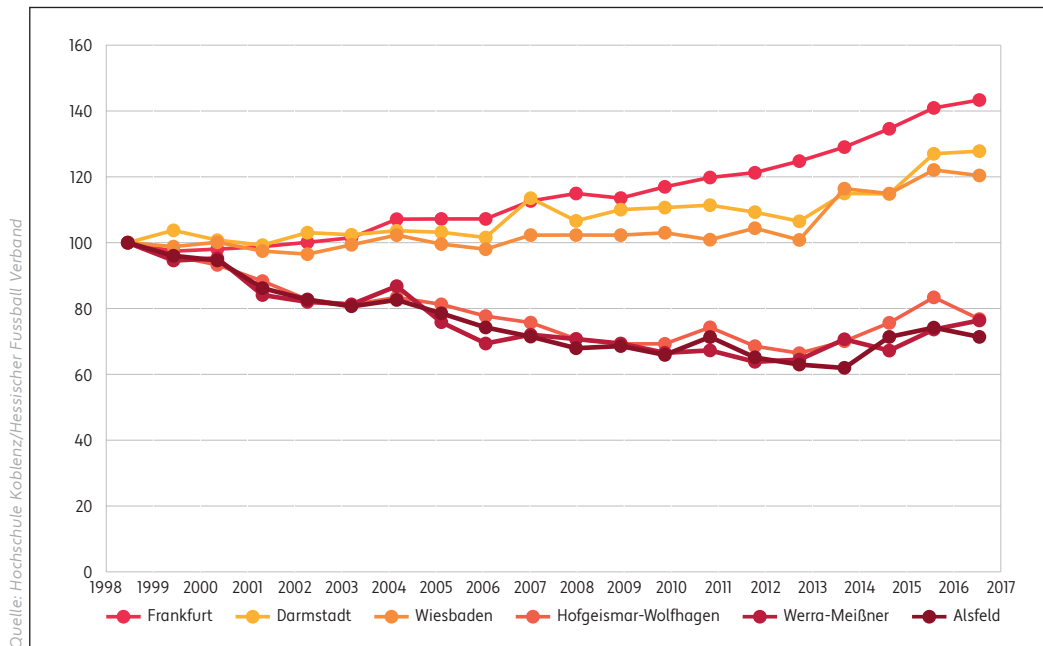


Abb. 2: Geburtenzahlen urbaner und ländlicher Gebiete in Hessen

diverseren individuellen Lebensentwürfen sowie Sportformen auseinandersetzen, die stärker den öffentlichen Raum als Sportstätte nutzen und weniger reglementierte Übungszeiten erfordern. Sinkende Geburtenzahlen führen unter sonst gleichen Bedingungen zu weniger Kindern in Sportvereinen, weniger Mannschaften, kleinere Starterfelder. Während gesundheitsorientierte Angebote von der höheren Sportaffinität der älteren Generation profitieren, werden wettkampforientierte Sportformen von weniger Menschen betrieben, was wiederum Einfluss auf die dafür benötigte Sportinfrastruktur hat. Ländliche Regionen sind dabei deutlich stärker von rückläufigen Geburtenzahlen betroffen, als urbane Gebiete (vgl. Abbildung 2).

Wie andere gesellschaftliche Bereiche auch, werden die unter dem Oberbegriff „Digitalisierung“ zusammengefassten technologischen Entwicklungen den Sportverein, aber auch die Art und Weise des Sporttreibens an sich, deutlich verändern. Der Einsatz von Software zur Abbildung und Steuerung der Geschäftsprozesse im Verein kann u.a. Ressourcen für die sportbezogenen Kernprozesse freisetzen, das Sportstättenmanagement verbessern und eine zielgerichtete Kommunikation mit den Mitgliedern und mit Interessenten ermöglichen.

Die verfügbaren Daten sind auch geeignet, Prognosen über Mitgliederentwicklungen, Nachfragen nach Sportangeboten oder Raumbedarfe zu erstellen. Dies setzt allerdings entsprechende Kompetenzen innerhalb des Sportvereins und Investitionen in die IT-Infrastruktur voraus. Letztlich entsprechen die Sportvereine mit einer modernen IT-Struktur und entsprechenden Tools für die Mitglieder auch der Erwartungshaltung vieler jüngerer Mitglieder, die ihren Sportverein auch digital auf der Höhe der Zeit erwarten.

Allerdings enden Digitalisierungsprozesse nicht bei digitalen Geschäftsprozessen. Neue technische Möglichkeiten und der rapide Preisverfall von technischen Neuheiten ermöglichen u.a. eine Echtzeitvermessung sportlicher Bewegungen mit Hilfe von Kamertechnik, vor allem aber in der Kleidung integrierter Messgeräte (Wearables). Damit können in Echtzeit Datenströme erzeugt und verarbeitet werden, die eine individuelle Rückmeldung über die Bewegungsgestaltung und den physischen Zustand ermöglichen. Diese Rückmeldung wird präziser und individueller ausfallen als dies Übungsleiter trotz guter Aus-, Fort- und Weiterbildung vermögen.

Kombiniert mit Technologien der virtuellen und gemischten (augmented) Realität sind dann völlig neue Formen des Sports und des sportlichen Wettbewerbs denkbar, in denen der Sportverein seinen Platz ständig neu suchen wird müssen. Zudem erhöht die Digitalisierung die Wahrscheinlichkeit des Auftretens disruptiver Prozesse, also von Technologien und Praktiken, die etablierte Geschäftsmodelle innerhalb kürzester Zeit aus dem täglichen Leben verdrängen. Es ist nicht auszuschließen, dass auch Sportvereine von derartigen disruptiven Prozessen betroffen sein könnten.

Für Sportvereine in ländlichen Regionen könnten sich hieraus besondere Herausforderungen ergeben, da es schwieriger als in urbanen Regionen sein dürfte, im Zuge der Digitalisierung notwendigen Kompetenzen in den Verein zu integrieren. Zum einen fehlt es an einer hinreichenden Dichte an Fachkompetenz, aus der ehrenamtlich Engagierte gewonnen werden könnten, zum anderen sind Sportvereine in ländlichen Regionen durchschnittlich kleiner als in städtischen Regionen, so dass es nur wenigen Vereinen gelingen kann, entsprechendes hauptamtliches Personal zu rekrutieren.

Zusammenfassung

Sportvereine hatten und haben eine Zukunft. Allerdings ist offen, wie sich diese im Einzelnen darstellen wird. Nach einem kurzen Rückblick und einer Vergewisserung, was den Sportverein aus sozioökonomischer Perspektive ausmacht, wurden die aktuellen Herausforderungen skizziert, denen sich Sportvereine derzeit gegenübersehen und versucht, diese Herausforderungen für Vereine in urbanen sowie in ländlichen Regionen zu spezifizieren. Alle die dabei verwendeten Argumentationsmuster sind zwar plausibel, empirisch aber nahezu unbestätigt. Daher handelt es sich bei den gefundenen Unterschieden hinsichtlich der Funktion von Sportvereinen im sozioökonomisch konstituierten Raum, nämlich, dass Sportvereine

- in urbanen (städtischen) Räumen als Dienstleister oder Identitätsstifter/-bewahrer anschlussfähig sind,
- in urbanen (ländlichen) Räumen eine der wenigen Möglichkeiten zur Schaffung von Identifikation und der Produktion von Sozialkapital darstellen und
- in ländlichen Räumen der Sportverein von seiner lokalen Verwurzelung profitiert,

in erster Linie um Hypothesen, die weiter zu differenzieren und empirisch zu testen sind. Zudem muss sich zeigen, ob sich die herausgearbeiteten Differenzen bei der Bewältigung, aktuelle Herausforderungen bei der Gewinnung und Bindung von Ehrenamt (Schließungsmechanismen versus höhere soziale Anerkennung und Reputation), der demografischen Entwicklung (geringere Geburtenzahlen) und der Digitalisierung (schwer zu gewinnendes Fachpersonal) in der Praxis tatsächlich zeigen und welche Problemlösungsstrategien die Sportvereine in ländlichen Gebieten entwickeln.

Quellen

- Anders, G. (2017): Die Sportvereinsforschung bis heute. In: Thieme, L. (Hrsg.): Der Sportverein – Versuch einer Bilanz (S. 15–44). Schorndorf
- Behringer, W. (2012): Kulturgeschichte des Sports. Vom antiken Olympia bis zur Gegenwart. München
- Breuer, C. (2017): Sportentwicklungsbericht 2015/2016. Analyse zur Situation der Sportvereine in Deutschland. Hellenthal
- Buchanan, J. M. (1965): An Economic Theory of Clubs. *Economica*, 32(2), 1–14.
- Emrich, E./Gassmann, F./Meyer, T./Pierdzioch, C. (2018): Was darf es kosten? Zur Zahlungsbereitschaft für olympische Medaillen und zur Finanzierung des deutschen Spitzensports. *Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik*, 3(1), 75–92.
- Emrich, E./Pitsch, W./Flatau, J. (2010): Ehrenamtliche Leistungserbringung zwischen rationalem Kalkül und sozialer Verpflichtung. *Zeitschrift für Sozialmanagement*, 8(2), 11–32.
- Emrich, E./Pierdzioch, C. (2014): Die Motive Ehrenamtlicher im Sport: Eine Lebenszyklusanalyse. *Spectrum der Sportwissenschaften*, 26(1), 4–24.
- Schlesinger, T./Nagel, S. (2011): Freiwilliges Engagement im Sportverein ist Ehrensache! – Ein Modell zur Analyse der Mitgliedsentscheidung in Sportvereinen. *Sport und Gesellschaft*, 8(1), 3–27.
- Simonson, J./Vogel, C./Tesch-Römer, C. (2017): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden
- Thieme, L./Liebetreu, T./Wallrodt, S. (2017): Gewinnung und Bindung von Vorständen im Sportverein. Zur Größe des Problems und dessen Ursachen. *German Journal of Exercise and Sport Research*, 47(2), 133–148
- Thieme, L./Wallrodt, S. (2018): Bildung und Ehrenamt: Zum Einfluss von Motiven auf Investitionen in Lizenz-erwerb und Lizenzverlängerung bei Übungsleitern. *German Journal of Exercise and Sport Research*, 48(4), 544–559.
- Thieme, L. (Hrsg.) (2017): Der Sportverein – Versuch einer Bilanz. Schorndorf: Hofmann.
- Thieme, L. (2018): Sportorganisationen als Ressourcenbündelungen. In: Güllich, A./Krüger, M. (Hrsg.): Sport in Kultur und Gesellschaft. Berlin, Heidelberg. Online first.

SPORTENTWICKLUNGS- PLANUNG IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

Jörg Wetterich

Einleitung

Kooperative Sportentwicklungsplanung ist heute in Deutschland fest etabliert – sowohl in der Sportwissenschaft als auch in der kommunalen Praxis. Die meisten kommunalen Sportentwicklungsplanungen werden in mittleren und größeren Städten durchgeführt, wobei in den letzten Jahren auch kleinere Städte und Gemeinden entsprechende Planungen – mit modifiziertem Aufgabenprofil und Methodenspektrum – in Auftrag gegeben haben. Planungen für größere Regionen oder spezifischer für ländliche Räume fanden allerdings bisher nur selten statt. Erwähnt seien hier exemplarisch die Sportentwicklungsplanungen für den Landkreis Groß-Gerau in den Jahren 2005 und 2006 (vgl. Wetterich, Schrader, Eckl, 2007) oder die Analysen zum Sportverhalten, Sportstättenbestand und Sportstättenbedarf im Landkreis Schaumburg (vgl. Hübner, Wulf, 2010). Kenntnisse über empirische Grundlagen, z.B. zum Sportverhalten der Bevölkerung, sowie über Ziele und Verfahrensweisen von Sportentwicklungsplanungen in ländlichen Räumen stellen daher ein Desiderat der Forschung dar.

Im vorliegenden Beitrag wird versucht, dieses Defizit anhand von Ergebnissen verschiedener Planungen, die aktuell vom Institut für Kooperative Planung und Sportentwicklung aus Stuttgart durchgeführt werden oder gerade abgeschlossen sind, abzubauen. Dabei handelt es sich um die erste Sportentwicklungsplanung für ein Flächenland in Deutschland (Land Schleswig-Holstein), um Landkreisplanungen in Hessen (Landkreis Groß-Gerau, Vogelsbergkreis) sowie um räumliche Planungen, in die ländliche Gebiete gezielt integriert wurden (Amt Kellinghusen-Wrist; Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg-Büdelndorf).

Aufbauend auf einzelnen Erkenntnissen aus diesen Projekten soll untersucht werden, welche Unterschiede zwischen Planungen in ländlichen oder städtischen Räumen zu beobachten sind bzw. welche Spezifika eine Sportentwicklungsplanung in ländlichen Räumen

aufweist. Dabei sollen sowohl Unterschiede in Bezug auf empirischen Grundlagen einer Planung (z.B. Bestandsanalysen, Befragungen) als auch in Bezug auf Planungsverfahren, Planungsmodule und Planungsergebnisse herausgearbeitet werden. Aufgrund der noch eher geringen Datenbasis – und der Unterschiedlichkeit ländlicher Räume – handelt es sich dabei eher um erste Überlegungen, Beobachtungen, Fragestellungen und Thesen über diesen bisher wenig untersuchten Themenbereich.

Der Beitrag gliedert sich wie folgt: Ausgehend von einer kurzen Rekapitulierung des Grundmodells einer kooperativen kommunalen Sportentwicklungsplanung werden exemplarisch Differenzen bzw. Gemeinsamkeiten zwischen ländlichen und städtischen Räumen in Bezug auf Sportstättenbestand, Vereinsstruktur, Sportverhalten und Einschätzungen der Bevölkerung und der Sportvereine untersucht. Anschließend werden Folgerungen für die Methodik einer Sportentwicklungsplanung in ländlichen Räumen sowie zu den Planungsergebnissen skizziert, bevor einige Überlegungen zu einer Integration kommunaler und überregionaler Planungsebenen in ländlichen Räumen diesen Beitrag abschließen.

Grundmodell einer kommunalen Sportentwicklungsplanung

„Unter kommunaler Sportentwicklungsplanung wird ein zielgerichtetes methodisches Vorgehen verstanden, um ein Gesamtkonzept für die Gestaltung und Optimierung der Rahmenbedingungen für Sport und Bewegung in einer Kommune zu entwickeln. Zu diesem Vorgehen gehören in der Regel empirische Bestandsaufnahmen, eine Bedarfsbestimmung, die Entwicklung von Zielen und Maßnahmen in Abstimmung mit relevanten Interessengruppen (kooperative Planung) sowie die Umsetzung und Evaluation der verabschiedeten Maßnahmen und Handlungsempfehlungen“ (DVS, 2018, S. 7)

Als erste Säule der kommunalen Sportentwicklungsplanung werden Strukturdaten des lokalen Sports, u.a. Bevölkerungs- und Schülerzahlen, der Bestand an Sportangeboten, Sportanbietern sowie Sport- und Bewegungsräumen, detailliert erhoben. Als zweite Säule dienen Befragungen und Bedarfsanalysen: zum einen empirische Studien zum Sportverhalten der Bevölkerung und zur Bewertung der Bedingungen für Sport und Bewegung, zum anderen Befragungen der lokalen Sportvereine und Schulen, um die Problembereiche und Bedarfe der lokalen Träger von Sport und Bewegung detailliert zu erheben. Auf Basis dieser Daten ist es möglich, eine Bestands-Bedarfs-Bilanzierung in Bezug auf Sportanlagen (insbesondere Sport- und Tennisplätze, Turn- und Sporthallen) vorzunehmen. Mit Hilfe dieser Berechnungen können Unter- oder Überversorgungen mit Sportanlagen für den Schul- und Vereinssport rechnerisch ermittelt werden.

Alle diese Befunde werden in eine interdisziplinär zusammengesetzte Planungsgruppe lokaler Expertinnen und Experten eingespeist, die unter Berücksichtigung struktureller Veränderungsprozesse ein Gesamtkonzept für die weitere Entwicklung des Sports in der jeweiligen Kommune erarbeitet. Die Ergebnisse dieser kooperativen Planungsgruppe, die Ziele und Handlungsempfehlungen zur Sportentwicklung, werden abschließend in den kommunalen Entscheidungsgremien diskutiert und verabschiedet (vgl. DVS, 2018, S. 9–10; Wetterich, 2014).

„Dieses grundlegende Modell einer kommunalen Sportentwicklungsplanung ist je nach Aufgabenstellung, Gemeindegröße sowie nach zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen variierbar“ (DVS, 2018, S. 10), wobei das Methodenspektrum einerseits durch spezifische Aufgabenstellungen und Herausforderungen, andererseits in Abhängigkeit von der Größe einer Kommune variiert. Für diesen Beitrag steht daher die Fragestellung im Mittelpunkt, welche Spezifika in Bezug auf die verschiedenen Module einer Sportentwicklungsplanung in ländlichen Räumen zu beobachten sind.

Datenerhebung – Bestandsaufnahmen und Befragungen

In der öffentlichen Debatte werden unterschiedliche demografische Entwicklungen in verschiedenen Regionen Deutschlands, insbesondere zwischen teilweise wachsenden Städten und ländlichen Räumen, stark thematisiert. Dabei ist ein Nebeneinander von „Wachstum und Schrumpfung“ (BBSR, 2017, S. 11; Danielzyk, 2018, S. 323) zu beobachten. Dies bezieht sich sicher stark auf die Ost-West-Differenzierung in Deutschland sowie auf bestimmte Regionen wie das Ruhrgebiet, die aufgrund von wirtschaftlichen Strukturproblemen rückläufige Bevölkerungszahlen zu verzeichnen haben.

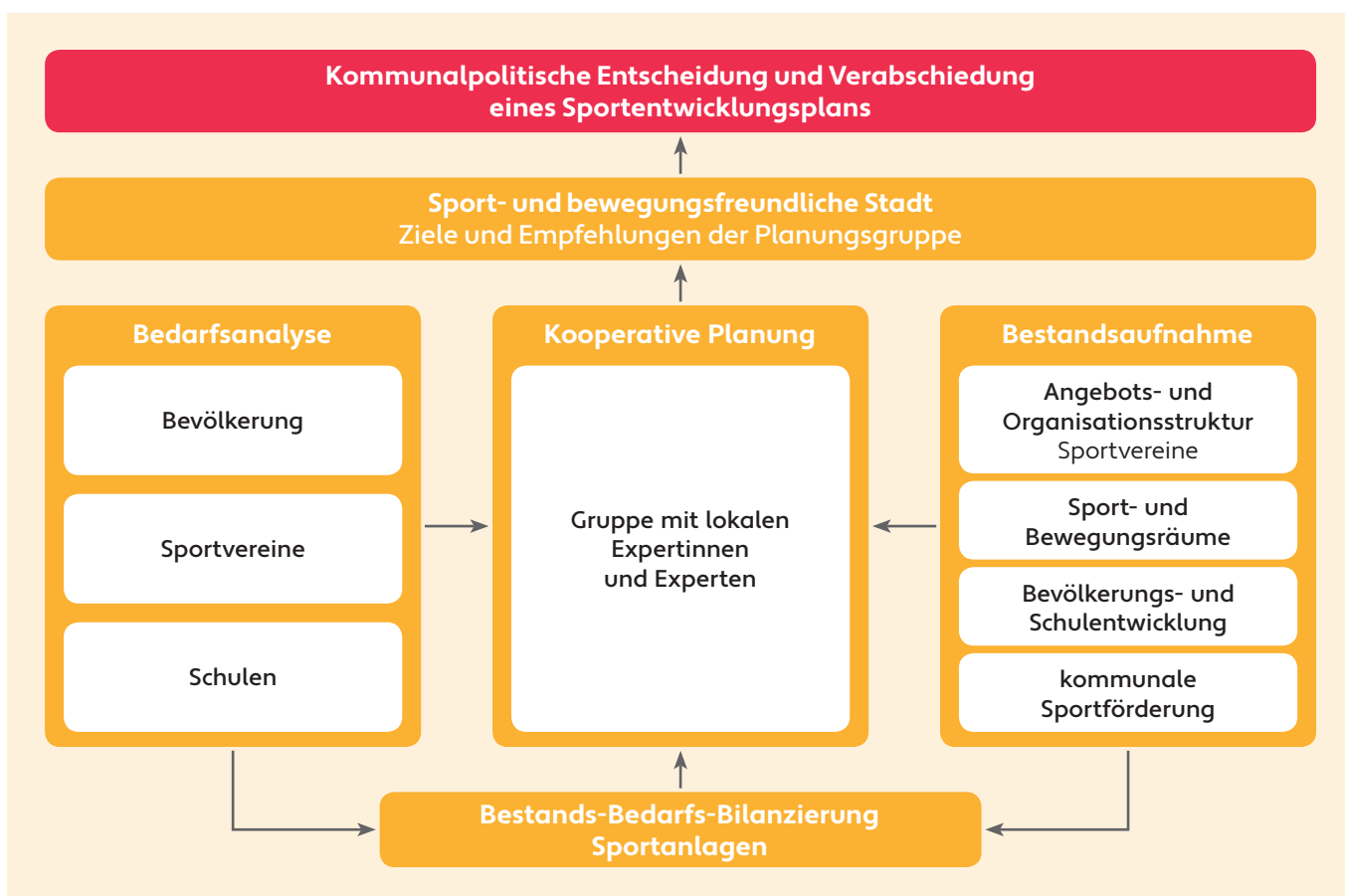


Abb. 1: Planungskonzeption für die kommunale Sportentwicklungsplanung

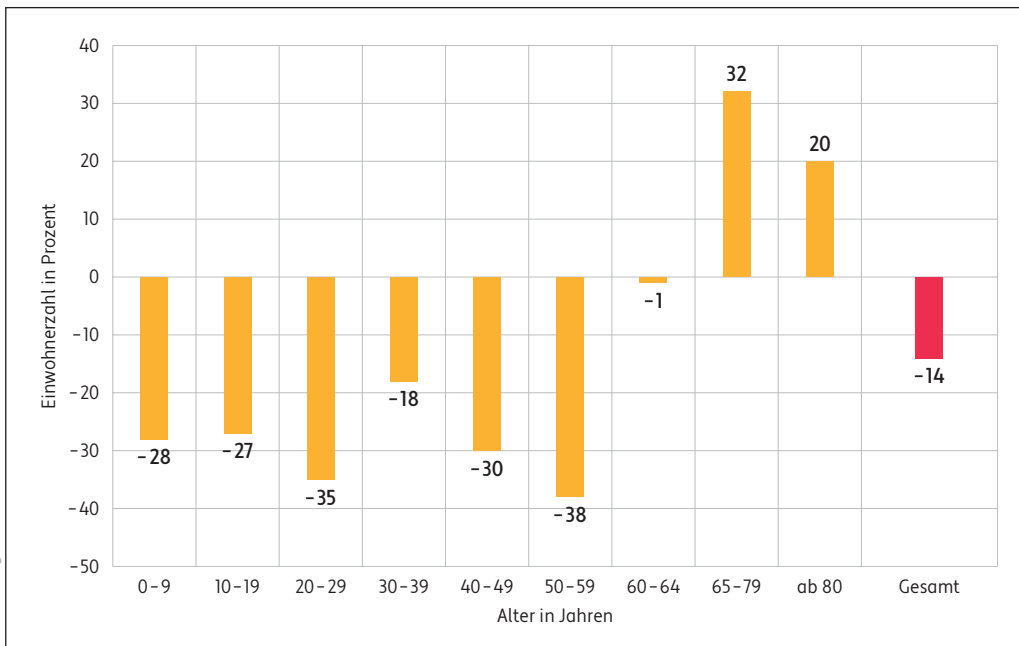


Abb. 2: Prozentuale Entwicklung der Einwohnerzahlen des Vogelsbergkreises nach Altersgruppen zwischen 2014 und 2030

Für diesen Beitrag ist relevant, dass sich – trotz auch hier oft widersprüchlichen Tendenzen – in vielen ländlichen Räumen eine Tendenz zu einer rückläufigen Einwohnerentwicklung abzeichnet (vgl. BBSR, 2017, S. 12; Berlin-Institut, 2019). Diese Ausgangslage muss in den Planungen Berücksichtigung finden, genauso wie der zentrale demografische Trend einer bundesweiten Alterung der Bevölkerung (vgl. BBSR, 2017, S. 17): „In den ländlichen Regionen Westdeutschlands ist ebenfalls der Rückgang der jüngeren Altersgruppen von Bedeutung“ (BBSR, 2017, S. 17).

Diese demografischen Grundtendenzen spiegeln sich auch in den Grunddaten der aufgeführten Projekte wider (vgl. z.B. Eckl, 2017, S. 10), wie die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung des überwiegend ländlich geprägten Vogelsbergkreises (Kreis mit der geringsten Bevölkerungsdichte in Hessen) verdeutlicht. Der Vogelsbergkreis wird die größte prozentuale Abnahme der Bevölkerung aller Kreise in Hessen zu verzeichnen haben. Demnach wird – bei einem Rückgang der Bevölkerung um 14 Prozent – die Zahl der Kinder und Erwachsenen bis 60 Jahre rückläufig sein und die Zahl der Älteren zunehmen (vgl. Eckl, Thurn, 2019, S. 6–7).

In Bezug auf die Vereinsstruktur sollen anhand der Analyse der Mitgliederzahlen im Vogelsbergkreis lediglich zwei Aspekte hervorgehoben werden. Zum einen ist ein hoher Organisationsgrad im Sportverein zu beobachten: Im Vogelsbergkreis sind etwa 45 Prozent der Bevölkerung im Sportverein organisiert.

Gleichzeitig scheint in ländlichen Räumen eine überdurchschnittlich kleinteilige Vereinsstruktur vorzuherrschen. Im Vogelsbergkreis können 77 Prozent der Vereine als Kleinst- oder Kleinvereine (bis 100 bzw. bis 300 Mitglieder) kategorisiert werden. Nur bei einem Prozent der

Sportvereine handelt es sich um Großvereine mit über 1.000 Mitgliedern (vgl. Eckl, Thurn, 2019, S. 10). Im Raum Kellinghusen/Wrist sind sogar 82 Prozent der Vereine Kleinst- oder Kleinvereine (vgl. Eckl, 2017, S. 12). Diese Vereinsstruktur hat Auswirkungen auf wesentliche Themen der Sportentwicklungsplanung wie Kooperation, Ehrenamt oder die Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben durch die Sportvereine.

Interkommunale Vergleiche deuten darauf hin, dass in ländlichen Räumen eine überdurchschnittliche Grundversorgung mit Sportplätzen für den Fußballsport vorherrscht. Die durchgeführten Bestand-Bedarfs-Bilanzierungen anhand der Erhebung der Mannschaftszahlen und Trainingszeiten der Vereine zeigen überdies eine Tendenz zur Überversorgung mit Sportplätzen im Sommer auf (vgl. Eckl, 2017, S. 39; Eckl, Thurn, 2019, S. 119/120; Schabert, Eckl, 2018, S. 58–64). Dies umso mehr, da vielerorts in ländlichen Räumen ein Großteil des Jugendspielbetriebs in Spielgemeinschaften durchgeführt wird. Im Winter können dagegen aufgrund fehlender ganzjährig bespielbarer Beläge punktuell Defizite auftreten.

Die Versorgung mit Turn- und Sporthallen variiert – je nach Schulstandorten – stark. Insgesamt sind hier eher als bei den Sportaußenanlagen an einigen Standorten Defizite anzutreffen.

Anhand von Ergebnissen repräsentativer Bevölkerungsbefragungen in Schleswig-Holstein und im Vogelsbergkreis wird im Folgenden versucht, spezifische Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Räumen herauszuarbeiten, und zwar einerseits in Bezug auf das Sportverhalten (Aktivitätsgrad, Sportarten, Orte und Organisationsformen des Sporttreibens), andererseits in Bezug auf Einschätzungen und Beurteilungen

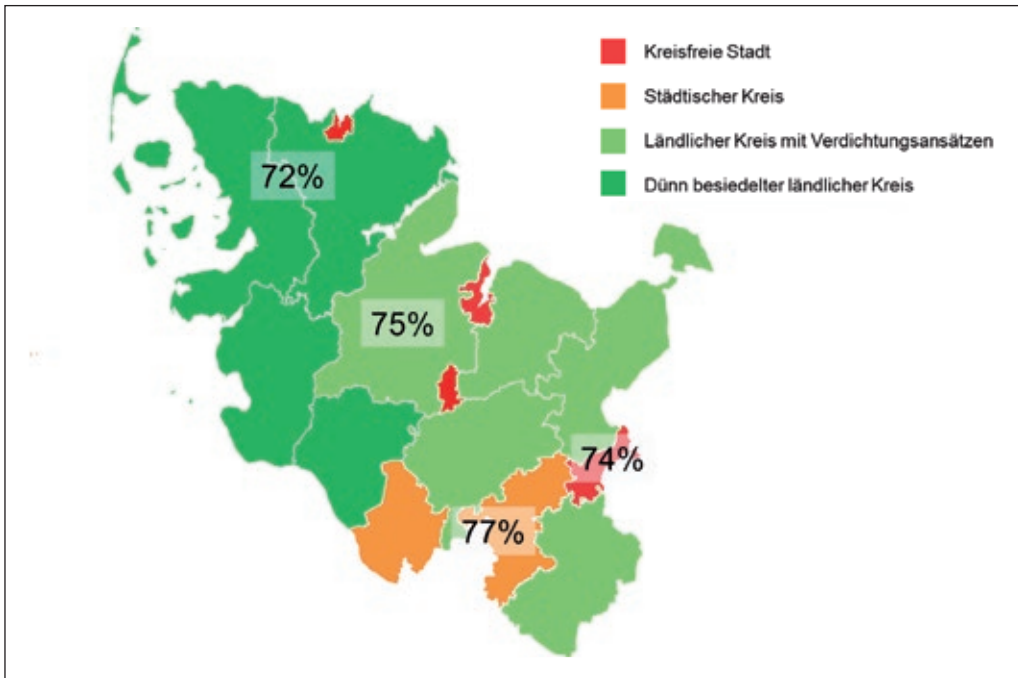


Abb. 3: Grad der regelmäßigen sportlichen Aktivität nach Kreistypen in Schleswig-Holstein; Angaben in Prozent, N=2.723

bestimmter Faktoren des Sport- und Bewegungslebens (z.B. Bewertungen von Sportstätten, Sportangeboten oder Sportvereinen).

An der im Herbst 2018 durchgeführten landesweiten repräsentativen Online-Bürgerbefragung, die u.a. als Grundlage für die Erarbeitung eines Zukunftsplans „Sportland Schleswig-Holstein“ dient, haben sich 3.426 Personen ab 18 Jahren beteiligt. Die Auswertungen konnten aufgrund der Größe des Datensatzes konsequent an den vier aktuellen siedlungsstrukturellen Kreistypen des Bundesinstituts für Bau-

Stadt- und Raumforschung (BBSR) orientiert werden (vgl. z.B. BBSR, 2017, S. 10). Unterschiede zwischen Stadt und Land ergeben sich des Weiteren durch die Zusammenfassung von „kreisfreien Städten“ und „städtischen Kreisen“ zum Raumtyp „städtischer Raum“, von „ländlichen Kreisen mit Verdichtungsansätzen“ und „dünn besiedelten ländlichen Kreisen“ zum „ländlichen Raum“.

In Bezug auf die regelmäßige (mindestens einmal pro Woche) Sportaktivität der Bevölkerung sind nur marginale Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Räumen zu konstatieren. 75 Prozent der Befragten im städ-

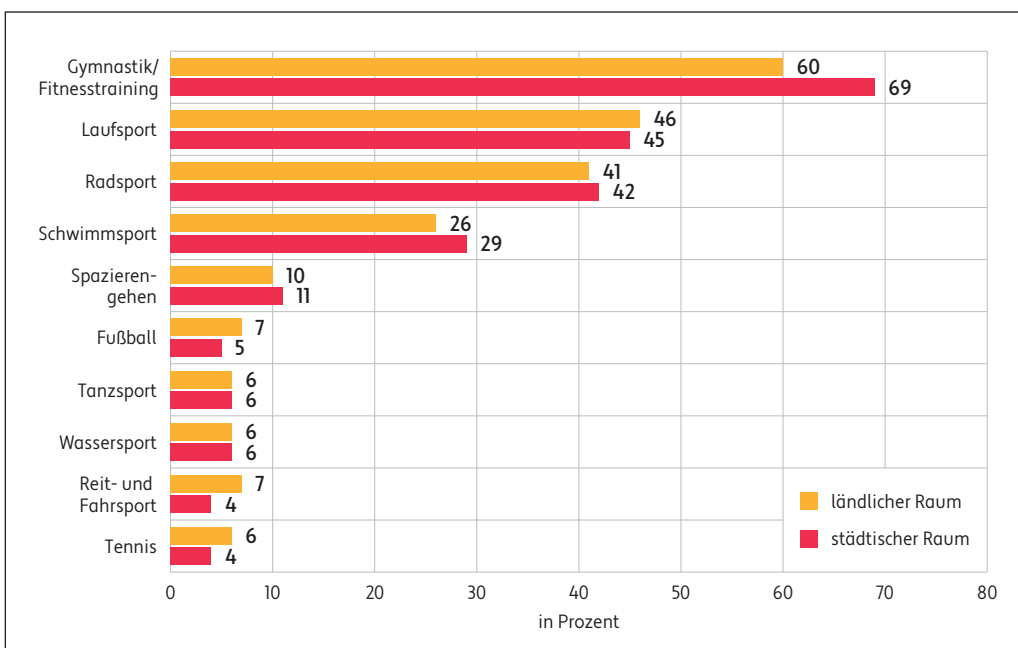


Abb. 4: Die Top 10 der ausgeübten Sportartengruppen in Schleswig-Holstein; Mehrfachantworten möglich, N=6.043; Angaben in Prozent bezogen auf Anzahl der Fälle N=2.298

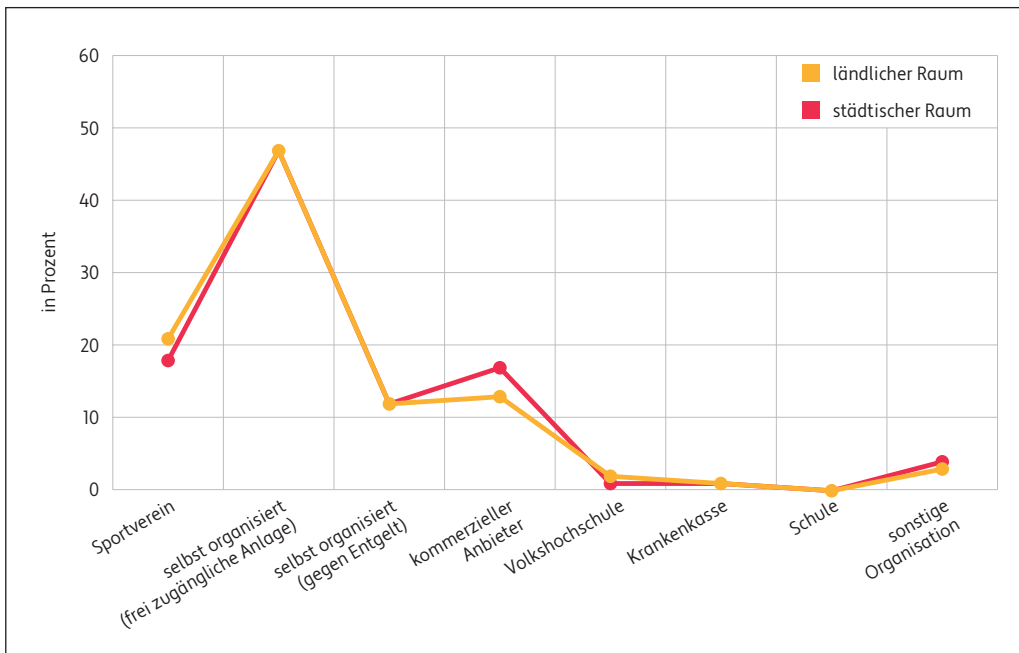


Abb. 5: Organisatorischer Rahmen der Sport- und Bewegungsaktivitäten in Schleswig-Holstein; Mehrfachantworten; Antworten in Prozent bezogen auf Zahl der Nennungen, N=6.152

tischen Raum sind regelmäßig sportlich aktiv, 74 Prozent im ländlichen Raum. Die niedrigste Aktivitätsquote ist in dünn besiedelten ländlichen Räumen vorhanden.

Auch in Bezug auf die in Sportartengruppen zusammengefassten betriebenen Sportarten sind die Unterschiede zwischen städtischem und ländlichem Raum mit wenigen Ausnahmen gering. Im städtischen Raum wird Gymnastik/Fitnessstraining mit ca. neun Prozentpunkten stärker nachgefragt als im ländlichen Raum. Im ländlichen Raum sind tendenziell Fußball, Tennis und vor allem Reiten stärker vertreten.

Abschließend soll ein Blick auf die Orte und Organisationsformen des Sporttreibens gelegt werden. Auch hier findet man weitgehend identische Verhaltensmuster. Bei den Orten sticht insbesondere die erwartungsgemäß höhere Nutzung von Fitness-Studios in städtischen Räumen heraus (ohne tabellarischen Nachweis).

In Bezug auf die Organisationsformen (vgl. Abbildung 5) sind fast durchgängig gleiche Prozentwerte zu beobachten. In Städten werden die Aktivitäten in etwas stärkerem Maße über kommerzielle Anbieter, in ländlichen

Räumen in etwas stärkerem Maße über die Sportvereine organisiert. Dies entspricht auch dem Ergebnis, dass der Anteil der Sportvereinsmitglieder mit zunehmender Bevölkerungsdichte abnimmt.

Während in Bezug auf das Sportverhalten weitgehende Übereinstimmungen zwischen städtischen und ländlichen Räumen bzw. den unterschiedlichen Kreistypen vorherrschen, sind in Bezug auf die Bewertungen verschiedener Bedingungen für Sport und Bewegung signifikante Unterschiede zwischen diesen Raumtypen feststellbar.

In Bezug auf die Sportanlagen ergibt sich ein differenziertes Bild. Hier beurteilen die Bürger/-innen in den ländlichen Räumen beispielsweise die Anzahl und den Zustand der Sportplätze bzw. den baulichen Zustand der Sporthallen deutlich besser. Die Ergebnisse bei den Bädern zeigen, dass die Versorgung mit Hallenbädern – im Gegensatz zu den Freibädern – in Gebieten mit ländlicher Struktur unterdurchschnittlich bewertet wird.

In Bezug auf die offen zugänglichen Sport- und Bewegungsräume bzw. Sportgelegenheiten deuten die Ergebnisse darauf hin, dass in ländlichen Räumen die

	Anzahl Sporthallen	baulicher Zustand Sporthallen	Anzahl Sportplätze	baulicher Zustand Sportplätze	Versorgung mit Hallenbädern	Versorgung mit Freibädern
städtischer Raum	2,87	2,73	3,18	2,93	3,68	3,45
ländlicher Raum	2,81	2,54	2,93	2,78	3,95	3,33

Tab. 1: Beurteilung der Sport- und Bewegungsangebote in Schleswig-Holstein; Mittelwerte im Wertebereich von (1) sehr gut bis (5) schlecht; Anzahl der gültigen Fälle N=2.642

	Angebot Sportvereine	Angebot kommerzielle Anbieter	Angebot andere Anbieter
kreisfreie Stadt	2,37	2,21	3,10
städtischer Kreis	2,37	2,76	3,69
ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen	2,47	2,84	3,74
dünn besiedelter ländlicher Kreis	2,58	3,11	3,76
städtischer Raum	2,37	2,46	3,34
ländlicher Raum	2,51	2,96	3,75

Tab. 2: Beurteilung der Sport- und Bewegungsangebote in Schleswig-Holstein; Mittelwerte im Wertebereich von (1) sehr gut bis (5) schlecht; Anzahl der gültigen Fälle N=2.642

Möglichkeiten für Bewegung für Kinder im Wohnumfeld sowie die Fahrrad- und Laufwege besser beurteilt werden. Freizeitspielfelder z.B. für Jugendliche scheinen dagegen eher in den Städten vorhanden zu sein (ohne tabellarischen Nachweis).

Sport- und Bewegungsangebote werden in ländlichen Räumen unabhängig vom Anbieter schlechter bewertet als in den städtischen Räumen.

In eine ähnliche Richtung zeigen Ergebnisse der repräsentativen Bürgerbefragung im Vogelsbergkreis (vgl. Abbildung 6). Insbesondere das Sportangebot der Vereine wird im Vergleich mit den anderen in den letzten Jahren vom Institut für Kooperative Planung und

Sportentwicklung durchgeführten Bürgerbefragungen unterdurchschnittlich beurteilt. Im ländlichen Raum scheint nach diesen Ergebnissen Potenzial für eine Optimierung des Sportangebots vorhanden zu sein.

Abschließend soll ergänzend zur Einschätzung der Sportvereine in ländlichen Räumen ein Ergebnis aus zwei Sportvereinsbefragungen in ländlichen Räumen erwähnt werden.

Im Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg-Büdelisdorf (Schabert, Eckl, 2018, S. 43) beurteilen die Sportvereine im interkommunalen Vergleich vor allem die Situation in Bezug auf das Ehrenamt sowie die Verwaltungstätigkeiten als deutlich problembehafteter

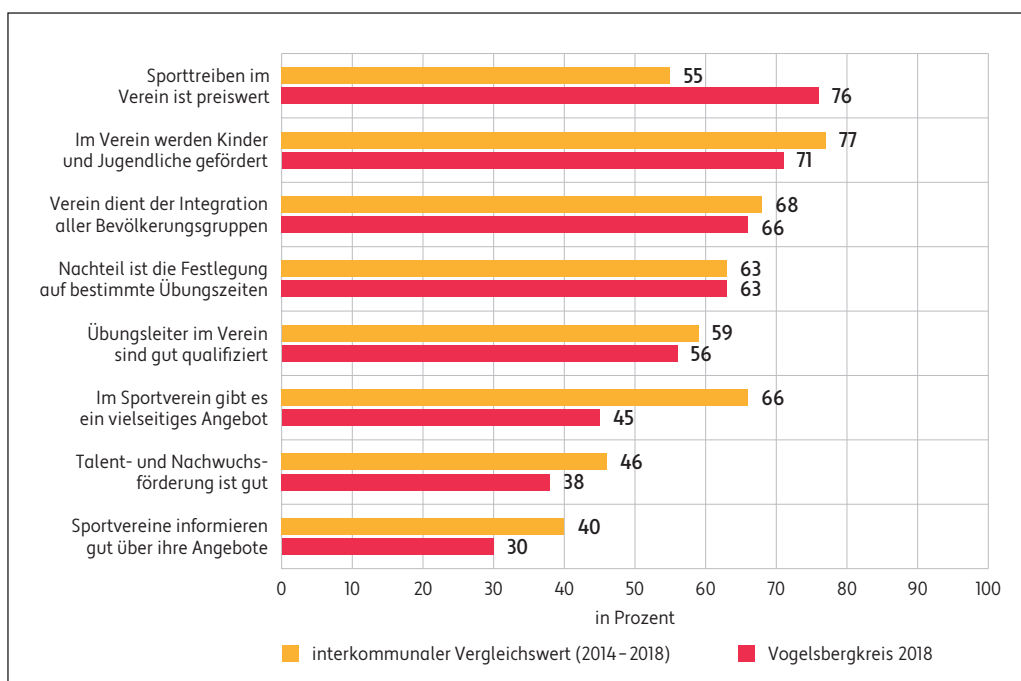


Abb. 6: Beurteilung der Sportvereine im Vogelsbergkreis. Kumulierte Prozentwerte von „trifft völlig zu“ und „trifft eher zu“, N=1.180 – 1.446

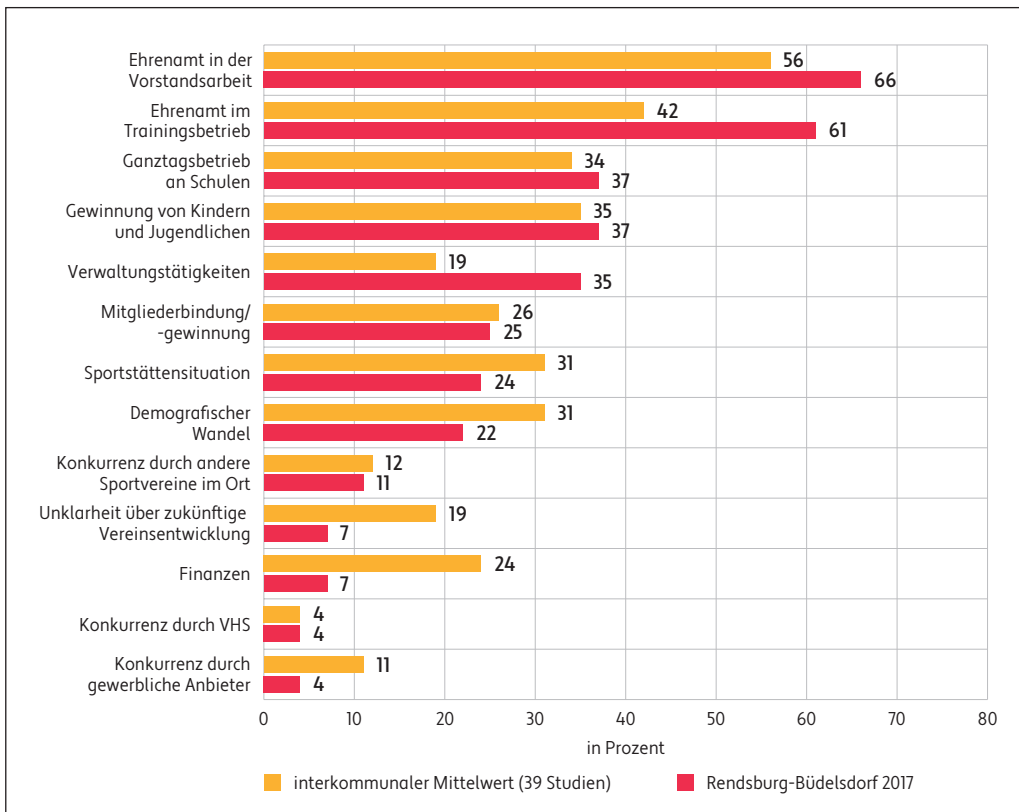


Abb. 7: Probleme der Sportvereine in Rendsburg-Büdelndorf.
Kumulierte Prozentwerte der Angaben 4 und 5 (großes Problem), N=27–29

als in anderen Kommunen. Deutlich weniger problematisch werden hingegen die Unklarheit über die zukünftige Vereinsentwicklung und die Finanzsituation bewertet.

Auch im Vogelsbergkreis (vgl. Eckl, Thurn, 2019, S. 85) wird das Finden von ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen, sowohl in Bezug auf Vorstände, sonstige Mitarbeiter*innen und qualifizierte Übungsleiter*innen, als überdurchschnittliches Problem artikuliert. Ehrenamtsprobleme stellen dabei keine genuinen Probleme des ländlichen Raumes dar, sind dort aber stärker ausgeprägt als in den Vergleichsregionen.

Zusammenfassung der Ausgangsbedingungen

Im Folgenden werden die datengestützten Ausgangsbedingungen für Sportentwicklungsplanungen in ländlichen Räumen stichwortartig zusammengefasst:

- Oft negative Bevölkerungsentwicklung – unterschiedlich in verschiedenen ländlichen Räumen
- Hoher Organisationsgrad im Sportverein – oft kleinteilige Vereinsstruktur
- Überdurchschnittliche Grundversorgung mit Sportplätzen – Tendenz zur Überversorgung in Bezug auf Sportplätze im Sommer (quantitativ) bei gleichzeitigen punktuellen Defiziten im Winter
- Differenziertes Bild bei Turn- und Sporthallen – Abhängigkeit von Schulstandorten

- Gute Versorgung mit Freibädern, defizitäre Ausstattung mit Hallenbädern
- „Unauffälliges“ Sportverhalten
- Unterdurchschnittliche Beurteilung des Angebots im Sportverein (und bei den anderen Anbietern) durch die Bevölkerung
- Höhere Ehrenamtsprobleme im Sportverein
- Sportstätten und Finanzen eher seltener gravierende Probleme für die Sportvereine in ländlichen Regionen

Planungsverfahren und Planungsergebnisse

Durchgeführte Sportentwicklungsplanungen in ländlichen Räumen deuten auf ein großes Spektrum unterschiedlicher Organisationsformen und divergierender institutioneller Einbindung hin. Dieses Spektrum reicht von separaten Planungen in kleinen Gemeinden über Planungen im Gemeindeverbund bis hin zu Planungen in Regionen bzw. Kreisen. Das Grundmodell der kooperativen Sportentwicklungsplanung bleibt dabei in allen Projekten erhalten, wird jedoch an die spezifischen Anforderungen angepasst.

Bei Planungen auf Ebene kleiner Gemeinden (Beispiel: Erfde in Schleswig-Holstein – 1.880 Einwohner*innen; Planung 2018) sind spezifische Kenntnisse über den lokalen Sport bei den Akteuren vorhanden, bedürfen aber z.T. einer Relativierung bzw. Objektivierung. In Erfde wurden die Module Bestandsaufnahmen, Abschätzung/Berechnung des Vereinsbedarfs an Sportanlagen sowie

eine kooperative Planung in Form eines ganztägigen Workshops durchgeführt.

Diese Form einer kommunalen Planung in ländlichen Räumen ist bisher aber nur in seltenen Fällen zu beobachten bzw. von den Gemeinden leistbar. Mit Vorteil werden Planungen in ländlichen Räumen daher auf regionaler Ebene durchgeführt, wobei hier das Vorhandensein übergeordneter Verwaltungsstrukturen (Kreisverwaltung) bzw. ausgebildeten Körperschaften („Entwicklungsagentur für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg-Büdelndorf“) eine wichtige Vorbedingung darstellt.

Mit zunehmender Größe der zu planenden Region steigen dabei auch die methodischen Anforderungen. Im Vogelsbergkreis (vgl. Abbildung 8) wurden beispielsweise umfangreiche Bestandsaufnahmen und Bedarfsanalysen in Form von Befragungen der Bevölkerung, der Sportvereine, der Schulen und der Kindertageseinrichtungen durchgeführt.

Berechnungen des Sporthallenbedarfs der Schulen (Kreis als Schulträger) und des Bedarfs an Sportplätzen und Sporthallen der Vereine rundeten die Datenerhebung ab. Kooperative Planungen wurden auf Ebene des Kreises (Phase 2 und 4) sowie kleinräumig in Form von vier Teilräumen durchgeführt. Dies hatte eine erhebliche Ausweitung des organisatorischen Aufwandes zur Folge.

Die inhaltlichen Ergebnisse der Sportentwicklungsplanungen im ländlichen Raum entsprechen zu großen Teilen denen von Planungen in größeren Städten. Sie

decken das ganze Spektrum der Themen einer kommunalen Sportentwicklung ab, wie die im Vogelsbergkreis behandelten Themenbereiche verdeutlichen:

- Ausbau der Sport- und Bewegungsangebote der Sportvereine für verschiedene Zielgruppen
- Kooperation der Sportvereine auf verschiedenen Ebenen
- Kooperation der Sportvereine mit Bildungseinrichtungen
- Förderung des ehrenamtlichen Engagements im Sportverein
- Inhaltliche und personelle Weiterentwicklung des Sportkreises
- Verbesserung der Kommunikation über die Angebote der Sportvereine
- Mobilitätskonzept für den Kreis (Erreichbarkeit der Angebote und Sportstätten)
- Offen zugängliche Freizeitsportmöglichkeiten für jede Gemeinde
- Bedarfsorientierte Grundversorgung mit Sportanlagen (Plätze, Hallen)
- Interkommunale Nutzung von besonderen Sportanlagen
- Interkommunale und vereinsübergreifende Nutzung von (zusätzlichen) Kunstrasenplätzen
- Interkommunal nutzbares Hallenbad

In Bezug auf die Themenbereiche, Ziele und Empfehlungen sei an dieser Stelle auf zwei Aspekte hingewiesen: Das Thema „Vereinsentwicklung“ scheint – in Abhängigkeit von den oben beschriebenen Einschätzungen der Bevölkerung und der Sportvereine selbst – in ländlichen Räumen einen vergleichsweise hohen Stellenwert einzu-

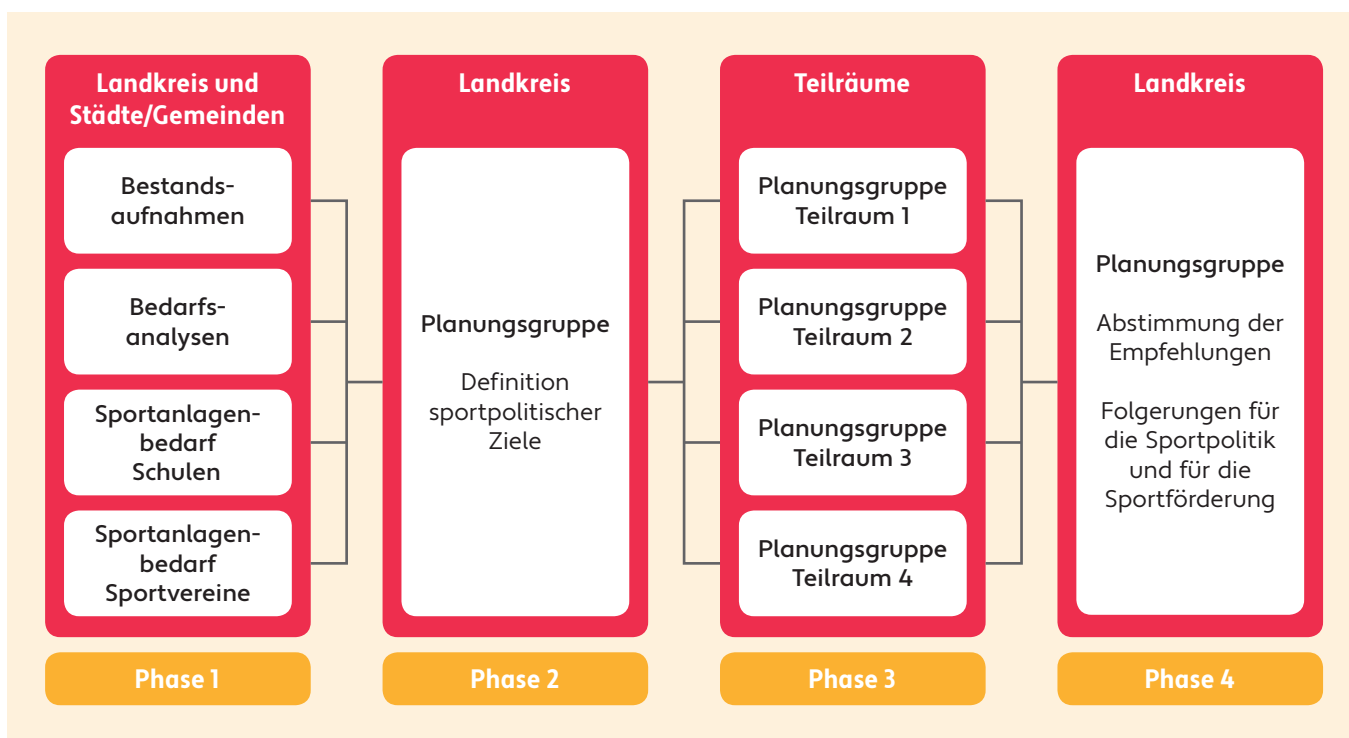


Abb. 8: Planungsverfahren im Vogelsbergkreis

nehmen. Dies bezieht sich sowohl auf eine Ergänzung der Angebotspalette für bisher weniger berücksichtigte Zielgruppen, auf Kooperationen, Förderung des Ehrenamts als auch auf die Stärkung von regionalen Dachverbänden.

Eine Planung auf regionaler bzw. überörtlicher Ebene kann hier für die einzelnen Gemeinden und Vereine hilfreich sein, da z.B. in Hessen zahlreiche planungsrelevante Dienststellen und Fachbereiche auf Kreisebene angesiedelt sind. Dies bezieht sich z.B. auf die Erstellung von kreisweiten Sportkonzeptionen (z.B. einer Gesundheitssportkonzeption), auf eine netzwerkartige Zusammenarbeit verschiedener Institutionen und Organisationen auf Ebene des Kreises, auf die Durchführung ortsübergreifender Veranstaltungen, aber auch auf Ebene der Organisationsstrukturen auf die Kommunikation über die Sportangebote, auf eine Optimierung der Öffentlichkeitsarbeit oder die Interessenvertretung des Sports in den politischen Gremien des Kreises (vgl. Wetterich, Schrader, Eckl, 2007, S. 44–45). Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, „dass kleinere Gebietseinheiten die Leistungen nur in Zusammenarbeit mit anderen Einheiten effizient erbringen können“ (Furkert, Zarth, 2018, S. 295).

Trotz dieser postulierten Vorteile interkommunaler Kooperationen sind diese in Bezug auf Sportplatz- und Sondersportanlagen nur selten zu beobachten. Die wenigen durchgeführten Planungen weisen – trotz lokaler Überversorgungen und des prognostizierten demografischen Wandels – eher auf eine Tendenz zu einer qualitativen Aufwertung des Bestandes in den einzelnen Gemeinden als zu einer bedarfsorientierten Ausstattung und interkommunalen Nutzung hin. Bei interkommunalen Planungen/Kreisplanungen befürworten dabei die Lenkungsgremien beispielsweise in der Regel eine Zentralisierung und interkommunale Nutzung ausgewählter Sportanlagen. Werden die Planungen anschließend auf die Ebene einzelner Städte bzw. Teilräume heruntergebrochen, dominieren eher lokale Gemeinde- und Vereinsinteressen, was zu einer Relativierung der Ziele und Maßnahmen führt. Die Akzeptanz einer interkommunalen Zusammenarbeit scheint noch relativ gering ausgeprägt zu sein.

Insgesamt sind damit die Chancen und Grenzen einer Infrastrukturplanung auf überörtlicher Ebene angesprochen: Während eine Zentralisierung von Sportstätten (z.B. für Sportarten mit spezifischen Anforderungen, Sportanlagen für den Leistungssport, zentrale Sport- und Freizeitparks), „die unter Umständen sogar eine Aufgabe lokaler Sportstätten implizieren kann“ (Wetterich, Schrader, Eckl, 2007, S. 44), eher geringe Durchsetzungs- und Realisierungschancen aufweist, wird in allen überörtlichen Planungen die „Bedeutung eines interkommunalen Wegenetzes für Sport und Bewegung hervorgehoben“ (ebd., S. 43), da alle Gemeinden und Städte von interkommunalen Wegenetzen profitieren können.

Ausblick: Integration von kommunaler und regionaler Planung

Sportentwicklungsplanungen in ländlichen Räumen bewegen sich im Spektrum von separaten Planungen für ländliche Gemeinden und Planungen auf überörtlicher Ebene. Dezentrale kommunale Sportentwicklungsplanungen sind zwar in der Lage, „detaillierte lokalspezifische Handlungsempfehlungen für die Sportentwicklung einer Gemeinde zu formulieren“, stoßen aber bei „Fragestellungen, die eine interkommunale Sichtweise erfordern, an die Grenzen ihrer Problemlösungskapazität. Auf der anderen Seite laufen zentrale, auf die Region bzw. den Kreis bezogene Planungen Gefahr, wesentliche Punkte der Sportentwicklung, die nur die Kommunen betreffen, auszuklammern und Handlungsempfehlungen mit einem geringen Konkretisierungsgrad zu erarbeiten“ (Wetterich, Schrader, Eckl, 2007, S. 234).

Das oben aufgezeigte Planungsverfahren für den Vogelsbergkreis, das im Zuge der Planungen für den Landkreis Groß-Gerau erprobt wurde und auch im Main-Kinzig-Kreis und im Kreis Waldeck-Frankenberg zur Anwendung kommt, verknüpft die Vorteile der Betrachtung beider Planungsebenen. Ob es mit diesen Projekten gelingt, eine interkommunale Herangehensweise an verschiedene Themenfelder der Sportentwicklungsplanung, die gerade für ländliche Räume unverzichtbar erscheint, konzeptionell und praktisch weiterzuentwickeln, werden die Planungsergebnisse und vor allem die Umsetzung der Maßnahmen und Handlungsempfehlungen zeigen.

Quellen

- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.) (2019): Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind. Berlin: Berlin Institut f. Bevölkerung u. Entwicklung.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017): Raumordnungsbericht 2017. Daseinsvorsorge sichern. Bonn
- Danielzyk, R. (2018): Zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land. In Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 6 (Kooperationen im ländlichen Raum). Berlin, S. 323–326.
- Deutsche Vereinigung für Sportwissenschaft (DVS) (2018): Memorandum zur kommunalen Sportentwicklungsplanung – 2. überarbeitete Auflage. Hamburg
- Eckl, S. (2017): Sportentwicklungsplanung für die Stadt Kellinghusen, den Schulverband Kellinghusen und Umgebung, die Gemeinde Wrist und den Zweckverband Sport- und Kulturförderung der Moordörfer. Abschlussbericht. Stuttgart

- Eckl, S. (2019): Zukunftsplan „Sportland Schleswig-Holstein“. Band 1: Ergebnisse der Bürgerbefragung. Zwischenbericht. Stuttgart
- Eckl, S./Thurn, J. (2019): Sportentwicklungsplanung für den Vogelsbergkreis. Zwischenbericht. Stuttgart.
- Furkert, M./Zarth, M. (2018): Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum durch Kooperation? In Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 6 (Kooperationen im ländlichen Raum). Berlin, S. 295–298.
- Hübner, H./Wulf, O. (2010): Sportentwicklung im Landkreis Schaumburg. Sportverhalten – Sportstättenatlas – Sportstättenbedarf. Schriften zur Körperkultur, Band 59. Berlin
- Schabert, W./Eckl, S. (2018): Sport und Bewegung im Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg-Büdelndorf. Abschlussbericht. Stuttgart
- Wetterich, J./Schrader, H./Eckl, S. (2007): Regionale Sportentwicklungsplanung im Landkreis Groß-Gerau. Reihe Sportentwicklungsplanung und Politikberatung, Band 6. Berlin und Wien
- Wetterich, J. (2012): Kooperative Sportentwicklungsplanung – eine Bilanz der letzten Jahre. In: Kleine, T./Pfützner, M./Wulf, O. (Hrsg.): Soziale Wirklichkeiten des Sports. Richtlinien – Sportentwicklung – Sicherheitsförderung. Horst Hübner zum 60. Geburtstag (S. 57–68). Berlin
- Wetterich, J. (2014): Kooperative Sportentwicklungsplanung. In: Rütten, A./Nagel, S./Kähler, R. (Hrsg.), Handbuch Sportentwicklungsplanung (S. 119–127). Schorndorf

**„ES IST AUF DEN
ERSTEN BLICK SPIEL
UND AUF DEN
ZWEITEN BLICK IST
ES GESTALTUNG VON
GESELLSCHAFT.“**

Joachim Gauck

ehemaliger Bundespräsident

(2012 – 2017)



WIR SIND
SPORTDEUTSCHLAND

DSB



PERSPEKTIVEN DES SPORTS IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

Strategien und Handlungsansätze

Christian Siegel

Die Fach- und Diskussionsbeiträge des 25. Symposiums zur nachhaltigen Sportentwicklung haben den Sport in ländlichen Räumen thematisiert. Es wurde mehr deutlich, dass die Entwicklung des Sports in ländlichen Räumen vor großen Herausforderungen steht. Diese erstrecken sich nicht nur auf die Bereitstellung zeitgemäßer Sportinfrastruktur, sondern auch auf die Art des Sportangebotes, die Aufrechterhaltung des Trainings- und Wettkampfbetriebs sowie die Weiterentwicklung von Vereinsstrukturen.

Die genannten Herausforderungen sind in starkem Maße aus dem anhaltenden demografischen Wandel in ländlichen Räumen verknüpft. Sinkende Bevölkerungszahlen und ein wachsender Anteil älterer Menschen sind in diesem Zusammenhang die wesentlichen Stichworte. Eng verbunden hiermit sind rückläufige Zahlen von Mitgliedern und Ehrenamtlichen in den Sportvereinen. Weitere Rahmenbedingungen sind der auch in ländlichen Räumen hohe Sanierungsbedarf von Sportstätten und die sich verändernden Sportbedürfnisse der Bevölkerung.

Die Sicherung ausreichender Sportmöglichkeiten ist eine wichtige Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge. Als größte zivilgesellschaftliche Kraft in Deutschland übernimmt der unter dem Dach des Deutschen Olympischen Sportbundes organisierte Vereinssport gesellschaftliche Verantwortung und wirkt hierbei eng mit den Kommunen zusammen. Die großen Herausforderungen, die sich der Sportentwicklung in ländlichen Räumen stellen, erfordern dementsprechend ein abgestimmtes Handeln von Kommunen, Sportvereinen und -verbänden.

Im Rahmen des Symposiums wurden für die drei Akteure folgende Handlungsansätze herausgestellt:

Kommunen

- Sportinfrastruktur sichern und bedarfsgerecht weiterentwickeln
- Sportinfrastruktur für unterschiedliche Nutzergruppen öffnen
- Neue Räume erschließen und entwickeln (z. B. für ParkSport)
- Sportentwicklung gemeindeübergreifend planen
- Sportorientierte Mobilitätsangebote schaffen
- Themenspezifische Partnerschaften initiieren
- Sportorganisationen an kommunalen und regionalen Entwicklungsprozessen beteiligen
- Lokale Netzwerke wiederbeleben, schaffen und weiterentwickeln



BEI UNS LÄUFT ZUSAMMEN, WAS ZUSAMMEN GEHÖRT



Sportvereine

- Strukturelle Veränderungen vornehmen: Kooperationen eingehen (Spielgemeinschaften etc.), Aufgaben zwischen Vereinen teilen (Mitgliederverwaltung, Buchführung etc.), mit anderen Vereinen fusionieren
- Sportangebote an die veränderte Nachfrage anpassen (z.B. Gesundheitssport)
- Nicht mehr benötigte bzw. zeitgemäße eigene Infrastruktur aufgeben oder weiterentwickeln
- Sportvereine in Kooperation mit anderen Trägern zu sozialen Treffpunkten weiterentwickeln

Sportverbände

- Regeln und Wettbewerbe an die veränderte Situation anpassen (z.B. gemischte Mannschaften)
- Förderprogramme und deren Einsatzmöglichkeiten (noch) bekannter machen
- Förderbedingungen für Sportinfrastruktur verändern (u.a. Vorlage eines Sportentwicklungskonzeptes)
- Spezielle Fortbildungsangebote für Vereinsvertreter*innen aus ländlichen Räumen machen
- Beispiele guter Praxis dokumentieren und Handlungsanleitungen bieten

- Vereine in ihren Anliegen sportpolitisch unterstützen
- Gesellschaftliche und sportpolitische Akzeptanz für das Thema „Sportentwicklung in ländlichen Räumen“ schaffen bzw. erweitern

Fazit

Die demografische Entwicklung und weitere strukturelle Veränderungen stellen vor allem für periphere ländliche Räume in Deutschland große Herausforderungen dar. Neben anderen Bereichen der Daseinsvorsorge betrifft dies auch den Sport. Die Sicherung und Weiterentwicklung ausreichender und zeitgemäßer Sportangebote in ländlichen Räumen ist daher für Sportorganisationen und Kommunen eine wichtige Zukunftsaufgabe, die nur gemeinsam bewältigt werden kann.

TEILNEHMER*INNEN

25. Symposium zur nachhaltigen Entwicklung des Sports

Berger, Sebastian	Hessisches Ministerium des Inneren und für den Sport
Bothe, Robert	Landessportbund Sachsen-Anhalt e.V.
Egli, Inge	Deutscher Olympischer Sportbund e.V.
Eiles, Matthias	Deutscher Fußball-Bund e.V.
Fuss, Sonja	Deutscher Fußball-Bund e.V.
Lübking, Uwe	Deutscher Städte- und Gemeindebund e.V.
Morr, Dr. Markus	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Neuerburg, Hans-Joachim	Sport mit Einsicht e.V.
Petry, Harald	Landessportbund Rheinland-Pfalz e.V.
Prüller, Jens	Landessportbund Hessen e.V.
Quardokus, Bianca	Deutscher Olympischer Sportbund e.V.
Ruder, Tim	Hessischer Landkreistag
Schramm, Thomas	Sportbund Pfalz e.V.
Siegel, Christian	Deutscher Olympischer Sportbund e.V.
Strauß, Adalbert	Fußball-Regional-Verband-Südwest e.V.
Stucke, Niclas	Berater, ehemals Deutscher Städtetag e.V.
Theile, Simone	Landessportbund Nordrhein-Westfalen e.V.
Thieme, Prof. Dr. Lutz	Hochschule Koblenz/LSB Rheinland-Pfalz e.V.
Wetterich, Dr. Jörg	Institut für kooperative Planung und Sportentwicklung
Wilken, Thomas	Kontor21/Sport mit Einsicht e.V.
Zarth, Michael	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Impressum

Titel: Zukunft des Sports in ländlichen Räumen · Dokumentation des 25. Symposiums zur nachhaltigen Entwicklung des Sports vom 6. – 7. Dezember 2018 in Bodenheim/Rhein

Herausgeber: Deutscher Olympischer Sportbund e.V. · Geschäftsbereich Sportentwicklung · Ressort Breitensport, Sporträume
Otto-Fleck-Schneise 12 · 60528 Frankfurt am Main · T +49 69 6700-278 · F +49 69 6787801 · egli@dosb.de · www.dosb.de/Umwelt

In Zusammenarbeit mit Sport mit Einsicht e.V. · Max-Brauer-Allee 22 · 22765 Hamburg

Redaktion: Hans-Joachim Neuerburg, Thomas Wilken

Bildnachweis: picture alliance (Titel, Seite 39)

Grafik: INKA Medialine · Frankfurt am Main · www.inka-medialine.com

Produktion: Wacker Offsetdruck GmbH · Remshalden · www.wacker-offset.de

Copyright und Vertrieb: Deutscher Olympischer Sportbund

1. Auflage: 500 Stück · September 2019

ISBN: 978-3-89152-609-5

ISSN: 0930-5246

Download: www.dosb.de/sportentwicklung/umwelt/service

Gedruckt auf klimaneutral produziertem 100% Altpapier, ausgezeichnet mit dem „Blauen Engel“, dem EU Ecolabel und der FSC® Recycling-Zertifizierung

Diese Publikation wurde Ihnen überreicht durch: